

VERTRAULICH

Reisebericht

Ausbildungsprogramm für sicherheitspolitische Experten

Reise nach Moskau

14.-21. Juni 1992

Wertung
Zusammenfassender Bericht
Gesprächsnotizen
Reiseprogramm
Nahrungsmittelpreise in Moskau
Adressen der Gesprächspartner in Moskau

Dr. Theodor H. Winkler
Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen

3. Juli 1992

Dodis



VERTRAULICH

Beauftragter des Generalstabschefs
für sicherheitspolitische Fragen

Bern, den 6. Juli 1992

Sipolex-Reise nach Moskau (14.-21. Juni 1992): Wertung der wesentlichsten Ergebnisse

Aus Sicht der Delegation ergibt sich folgendes zusammenfassendes Gesamtbild:

1. Die Lage in Russland und Moskau ist, verglichen mit früheren Reisen, einerseits stärker durch ein Nebeneinander unterschiedlicher Strömungen gekennzeichnet, andererseits - nachdem die anfängliche Erleichterung über den gescheiterten Putschversuch verflogen ist - erneut durch Zukunftsängste geprägt, die zum Teil sehr unterschiedlicher Natur, oft diffus im Charakter, aber überall deutlich spürbar sind.

Keiner unserer Gesprächspartner war der Ansicht, dass die gegenwärtigen Probleme lediglich eine schwierige Periode auf einem grundsätzlich richtigen Weg darstellen, die man eben durchstehen müsse, bevor es dann besser komme. Vielmehr waren sich alle - so unterschiedlich ihre Meinungen in anderen Fragen oft waren - darin einig, dass der gegenwärtige wirtschaftspolitische Kurs verfehlt sei und verändert werden müsse. Die vom IMF (und den USA) geforderten Reformschritte gingen, so wurde unisono erklärt, an den Realitäten des Landes vorbei. Jeltsin, der während unseres Aufenthaltes in Moskau in den USA vorsprach, genau an diesem Kurs festzuhalten, werde gezwungen sein, seine Reformpolitik den Realitäten anzupassen. Man müsse, da das Land über ein völlig ungenügend ausgebautes soziales Auffangnetz verfüge und die Privatisierung bisher erst den Zwischenhandel, nicht aber die Produktionsbetriebe erfasst habe (was enorme Preissteigerungen bei selbst im günstigsten Falle konstantem Warenangebot mit sich bringen müsse), den Übergang zur freien Marktwirtschaft verlangsamen. Das Ziel dürfe nicht aus den Augen verloren werden, der Weg werde aber viel länger sein, als man erwartet habe. Ebenso werde der Übergang zu einer wirklichen Demokratie länger benötigen als erwartet. Auch hier sei durchaus mit Abstrichen, ohne Aufgabe des Fernzieles, zu rechnen.

Die Diskrepanz zwischen den von Präsident Jeltsin in Nordamerika deklarierten Zielen und der Stimmungslage im Lande war eindrücklich (Jeltsins Popularität ist denn auch offensichtlich bereits erheblich geschwunden).

Vor dem Hintergrund der desolaten Wirtschaftslage wird von vielen unserer Gesprächspartnern vermutet, dass hinter den Kulissen wesentliche politische Gewichtsverlagerungen bereits im Gange seien (und möglicherweise in den nächsten Monaten sichtbar würden). Der Delegation erschien, dass diese Einschätzung nur teilweise dem charakteristischen Hang der Russen zu Pessimismus und Verschwörungstheorien entspringe, sondern im Kern eher zutreffen dürfte.

Zur Frage, was denn im Gange sei und was kommen werde, gingen die Meinungen sehr stark auseinander.

Viele Gesprächspartner erwarteten, dass die Regierung Geidar, die zu schnell, zu monetaristisch und zu westlich vorgehe, noch vor Jahresende gestürzt werde. Im Parlament sei mit der Bildung der sogenannten Erneuerungsbewegung (die politisch etwas rechts von der Mitte steht, vor allem Industriemanager, gerade der Rüstungsindustrie, zusammenfasst und über rund 30% der Stimmen im russischen Parlament verfügt) eine entscheidende Kräfteverschiebung eingeleitet worden. Die Erneuerungsbewegung habe genügend Stimmen, um Jeltsin vor die Wahl stellen

zu können, entweder seinen Kurs zu revidieren, oder aber machtlos zuzusehen, wie die Erneuerungsbewegung sich mit den Altkommunisten verbinde und ihn faktisch seiner Macht beraube. Jeltsin werde diesem Druck nicht nachgeben können und wisse dies auch. In den USA habe er zu den Fernsehkameras gesprochen. Zu Hause werde er sich den Realitäten beugen. Der Chef der Erneuerungsbewegung, Volsky, bereite bereits das Kabinett vor, das er bald als Premier zu leiten gedenke.

In engem Kontext hierzu meinten einige Gesprächspartner, dass sehr bald auch mit Abstrichen im Demokratiebereich zu rechnen sei - entweder um Jeltsin die Möglichkeit zu geben, sich über die Stimmungslage im Parlament hinwegzusetzen, oder aber um einer konservativeren Regierung die Möglichkeit zu geben, ohne breite demokratische Legitimation zu handeln.

Die oben dargestellten Auffassungen stellten eher das Minimum der Befürchtungen dar. Das andere Extrem wurde durch die offene Angst einzelner Gesprächspartner gebildet, dass es zu spontanen Hungeraufständen oder einem konservativen Putschversuch kommen könnte (General Makashov sei von Altkommunisten bereits als künftiger Militärdiktator bestimmt worden), die dann beide leicht zu einem Bürgerkrieg und einem blutigen Zerfall auch Russlands nach jugoslawischen Muster führen könnten. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass in der Bevölkerung eine breiter werdende Schicht vorhanden sei, die von jedem Wechsel nichts zu verlieren, sondern nur etwas zu gewinnen hätte. Auch die Bereitschaft zur Gewaltanwendung nehme zu. (Die Kriminalitätsrate stieg in Moskau seit Januar um fast 40% an.) Gleichzeitig gewannen Extremismen unterschiedlichster Natur (Faschismus, Slawophilie, Mafia, Altkommunismus, religiöser Fundamentalismus) an Boden. Hier bilde sich ein Lumpenproletariat heraus, welches als gemeinsamen Nenner Feindlichkeit gegenüber dem Westen und Ablehnung des jetzigen Systems habe und sehr leicht manipuliert werden könnte, bzw. spontan Explosionen einleiten könnte.

Aus der Sicht der Delegation sind diese Äusserungen ernst zu nehmen. Die Lage in Russland muss gerade auch unter diesem Blickwinkel verfolgt werden. Gleichzeitig erschien der Delegation, dass die unmittelbare Gefahr wohl geringer sein dürfte als die mittelfristige Perspektive. Anders ausgedrückt: Der kommende Herbst und Winter dürfte zwar schwierig werden, das kommende Jahr könnte aber, wenn westliche Hilfe nicht sichtbare Entlastung bringt, noch erheblich gefährlicher werden.

2. Die Versorgungs- und Wirtschaftslage des Landes ist katastrophal. Hierbei präsentiert sich allerdings ein anderes Bild als bei früheren Reisen. Das Warenangebot in den Läden ist reichhaltiger als je zuvor. Schlangen können praktisch nirgends mehr beobachtet werden (uns fiel nur eine einzige auf). Der Grund hierfür liegt aber darin, dass sich die Preise seit dem Vorjahr um einen Faktor 10-40 erhöht haben, die Löhne und Renten aber nur um einen Faktor 5-10. Konkret bedeutet dies, dass die Leute nicht das Geld haben, die nun endlich angebotenen Waren zu kaufen. Es herrscht nicht Hunger im Lande, Zeichen der Fehlernährung sind aber bereits vorhanden. Statt Reserven für den Winter anlegen zu können, sind die Menschen gezwungen, Notreserven abzubauen: Jedermann tauscht oder verkauft von seinen kümmerlichen Habseligkeiten etwas; niemand scheint in genügendem Masse Nahrungsmittel horten zu können; jedermann mogelt sich irgendwie durch (was auch zur Zunahme der ohnehin endemischen Korruption beiträgt). Das russische Bruttosozialprodukt wird dieses Jahr um 25-30 % abnehmen. Die Inflationsrate bewegt sich in den vierstelligen Prozentzahlen (was alle Sparguthaben zerstört hat und die Wirtschaftstätigkeit zu einem immer grösseren Teil auf die Basis des Tauschhandels absinken lässt). 94-95% der Bevölkerung leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze.

Die Entwicklungsperspektiven sind eher noch düsterer. Der starke Einbruch im Handel zwischen den verschiedenen Republiken führt in immer mehr Betrieben zu einer Verknappung der notwendigen Rohstoffe und Ausgangsmaterialien. Die Arbeitslosigkeit droht in gefährlicher Masse zuzunehmen.

Die Privatisierung hat nur den Zwischenhandel, nicht aber die Produktion erfasst. Immer mehr Leute versuchen, immer weniger Waren mit Gewinn zu verkaufen. Das fördert massiv Inflation, Korruption und Mafia.

Gelingt es nicht, die Produktion schnell anzukurbeln, so droht dem Land das Chaos.

3. Die Spannungen mit den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR, insbesondere der Ukraine, halten an, scheinen sich aber, nach Meinung der meisten Gesprächspartner, wenigstens nicht weiter zu vertiefen. Ein militärischer Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird als unwahrscheinlich erachtet. Zu erwarten ist hingegen eine noch klarere Vertretung der eigenen Interessen durch Russland in den Beziehungen zu den anderen GUS-Staaten. Die GUS selbst wird weitgehend als bereits politisch tot eingeschätzt (sie ist aber noch eine politisch teilweise nützliche Fiktion). Für die Zukunft wird ein komplexes Beziehungsnetz zu den anderen Nachfolgestaaten erwartet, das teilweise auf multilateralen und teilweise auf bilateralen Vereinbarungen aufbaut.
4. Die Lage der Streitkräfte und die Stimmung des Offizierskorps wurden als ausgesprochen schlecht bezeichnet. Missmut und Zerfall seien allgegenwärtig. Die Offiziere haben keine Zukunftsperspektive. Umschulungskurse, die etwa aus Offizieren (vom Major bis General) Bauern machen sollen, sind angelaufen, vermögen aber in keiner Weise zu überzeugen. Auch hier ist politisches Dynamit in reicher Fülle vorhanden, sofern nicht westliche Hilfe (in der Form wie dies die Bundesrepublik Deutschland für die WGT tut) schnell kommt. Einig waren sich alle Beobachter darin, dass ein Insistieren der baltischen Staaten auf Abzug der russischen Truppen bis Ende Jahr zu einer Explosion führen könnte. Man begreife wohl die Ängste der Balten; diese würden aber nicht erkennen, dass der beschleunigte Abzug genau diese Ängste zur Realität werden zu lassen drohe.
5. Die sicherheitspolitischen Eliten erklären einstimmig, dass vom Westen keine Bedrohung mehr für die UdSSR ausgehe (was mit der wachsenden anti-westlichen Stimmung in Teilen der Bevölkerung kontrastiert). Die sicherheitspolitischen Gefährdungen lägen heute für Russland primär im Inneren, gingen sekundär vom Südwesten (Kaukasus), Süden (Mittlerer Osten) und Osten (China) aus. In zahlreichen Fragen habe man heute nicht mehr nur keine Gegensätze mehr zur Politik der NATO und der USA, sondern - im Gegenteil - identische Interessen. Diese Sachlage müsse unbedingt bewahrt werden.

Die neue Militärdoktrin und die neue Struktur der Streitkräfte sind erst noch, soweit überhaupt möglich, in Ausarbeitung. Das Denken geht in Richtung auf eine Berufarmee von 1,2 - 1,5 Mio Mann. Diese Truppe sollte, so meinten Experten, die dem Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister sehr nahe stehen, nicht mehr in Form mehrerer strategischer Staffeln in der Tiefe gegliedert, sondern sehr mobil, flexibel und feuerstark strukturiert werden, um schnelle Schwerpunktbildungen in kritischen Räumen zu ermöglichen.

Man ist sich hierbei aber durchaus bewusst, dass dieses Modell genau jenen Streitkräften entspricht, welche man mittels des CFE-Vertrages und im Rahmen der Doktrinenseminare abschaffen wollte. Man sieht das Risiko, dass Ost und West erneut nur auf die Potentiale der anderen Seite starren könnten und so Schritt für Schritt in ein neues Wettrüsten getrieben werden könnten. Es wird daher als wesentlich betrachtet, langfristig Teil einer europäischen Sicherheitsarchitektur zu werden, bereits kurz- und mittelfristig aber mit dem Westen und insbesondere der

NATO ein partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen (zum Beispiel "double hating" einzelner Einheiten für europäische Peace-keeping-Missionen, gemeinsame Manöver, etc.; das russische Bataillon in Jugoslawien dürfte diese Überlegungen verkörpern).

6. Im Bereich der Rüstungskontrolle sind - insbesondere nach dem Gipfel Bush-Yeltsin - keine neuen grösseren Initiativen oder Ideen zu erwarten. Das Mittel hat seinen Zweck weitgehend erfüllt. Gefragt sind neue, zukunftssträchtige Möglichkeiten der gegenseitigen Vertrauensbildung. Wesentlich wird auch sein, das Vereinbarte überhaupt physisch einhalten zu können. Selbst die Verantwortlichen für die Rüstungskontrolle im Aussenministerium zweifeln daran, ob man die gesteckten Termine in der Abrüstung einhalten können. Viele Beobachter meinen, ohne massive westliche Hilfe sei dies nicht denkbar.

Absichtserklärungen, mit den USA gemeinsam ein Raketenabwehrsystem zu erforschen, stiessen nicht nur auf Zustimmung, ebenso Yeltsins Erklärung, er deaktiviere die schweren SS-18-Interkontinentalraketen. Während mehrere Beobachter diese Schritte begrüßten, da sie endlich die Abkehr von der Politik bedeuteten, mit den USA die strategische Parität halten zu wollen (eine Politik, die das Land militarisiert und in den wirtschaftlichen Ruin getrieben habe), sahen andere genau in dieser Abkehr vom Versuch, eine den USA ebenbürtige Weltmacht zu sein, eine gefährliche Konzession an den Westen. Viele Gesprächspartner meinten, die Ratifikation der in Washington in Aussicht genommenen Abkommen durch das russische Parlament sei keineswegs gesichert.

7. Insgesamt macht das Land den Eindruck einer Grossbaustelle, auf der jedermann sich über die Pläne beugt und über diese emotionsgeladen streitet - aber auf der kaum jemand baut, bzw. Mafia-Leute die Baumaterialien klauen. Die Zukunft wird noch nicht wirklich angegangen. Vielmehr werden nach wie vor alte Streitigkeiten ausgetragen. Jedermann hat nun seine eigene Meinung, ohne dass bereits die wirklichen politischen Strukturen parlamentarischer Demokratie vorhanden wären, diese Gedanken zu einem konstruktiven und tragfähigen Kurs zu verdichten. Vieles treibt, wobei das auch dazu führt, dass die westlichen Inseln im Moskauer Stadtbild deutlich zunehmen. Die Einzelteile greifen aber auch hier noch nicht ineinander.

Folgende Aeusserungen verdienen aus spezifisch schweizerischer Sicht Aufmerksamkeit:

1. Botschafter Ritter hat nachdrücklich den Wunsch ausgesprochen, dass die Schweiz gerade auch im sicherheitspolitischen Bereich ein Mehr an Hilfestellung leiste. Das Programm SIPOLEX (an dem ab nächstem Kurs erstmals auch ein Angehöriger des russischen Aussenministeriums teilnehmen wird) sei hier ein ausgezeichnete Schritt, reiche aber nicht aus. Vielmehr seien ergänzende Programme - auch zugunsten der kleineren Nachfolgestaaten der UdSSR - dringend nötig (zum Beispiel Schaffung eines Ausbildungsprogrammes in der Schweiz für Offiziere im Bereich Sicherheitspolitik, Innere Führung, etc.) etwa analog zur Ausbildung von baltischen Diplomaten durch die Schweiz. Wir hätten hier, dank eines ausgezeichneten Images, enorme Chancen, die aber jetzt und schnell genutzt werden müssten.
2. Kein einziger der russischen Gesprächspartner hatte grundsätzliche Einwände gegen eine sicherheitspolitische Beratung der baltischen Staaten durch die Schweiz. Unsere Sicherheitspolitik wurde gelobt. Wenn jemand die Balten berate, so sei die Schweiz für Russland akzeptabel, zumindest aber viel akzeptabler als die NATO. Vorbehalte wurden (von zwei Gesprächspartnern, welche das Denken des russischen Aussenministers gut kennen) in dem Sinne angebracht, dass Russland die gegenwärtige Sicherheitspolitik der baltischen Staaten als feindselig betrachte und daher hoffe, dass sie sich ändere. Sollte die Schweiz hierzu beitragen können, so wäre dies erwünscht. Änderten die baltischen Staaten ihre Haltung aber nicht, so

könnte eine Unterstützung dieser Länder durch die Schweiz in ihrer Haltung von Russland als unfreundlicher Akt betrachtet werden.

3. Im russischen Aussenministerium wurde der Wunsch geäussert, mit Vertretern schweizerischen Banken darüber zu sprechen, welche russischen Gesetze in welcher Weise verändert werden sollten (bzw. welche Gesetze abgeschafft oder neu geschaffen werden sollten), um die Rahmenbedingungen für westliches wirtschaftliches Engagement zu verbessern.
4. Mit verschiedenen Instituten wurden im Bereich der Ressortforschung und der Forschungsförderung Zusammenarbeitsprojekte vereinbart oder ins Auge gefasst. Hier ergibt sich, aufgrund des Eindrucks dieser Reise, noch ein weites Feld nutzbringender zusätzlicher Aktivitäten.

VERTRAULICH

Zusammenfassender Bericht

Wirtschaftliche Lage und Perspektiven

Akademienmitglied Oleg T. Bogomolov, ein Mitglied des wirtschaftlichen Beraterstabes von Präsident Jeltsin, bezeichnete die gegenwärtige Lage als "mehr als eine Krise, ein Fast-Kollaps". Im besten Fall könne der wirtschaftliche Fall in einem Jahr aufgehalten werden, und nachher könnte die Produktion in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor und in der Leichtindustrie wieder gesteigert werden.

Seit Januar 1991 stiegen die Preise auf das 40-70fache, die Löhne auf das mindestens 10fache. Die Konsumation sei auf ungefähr die Hälfte zurückgegangen. Die Leute hätten in der Folge aufgehört, hart zu arbeiten, und angefangen zu stehlen. Die Kriminalität habe stark zugenommen; man könne jetzt auf der Strasse in Moskau beraubt werden. Die Regierung habe dafür selber ein Beispiel gesetzt: Die Inflation von rund 4000% (seit Januar 1991) habe die Ersparnisse praktisch ausgewischt (kaufkraftbereinigt von rund 600 Mia. Rubel auf 10-15 Mia. Rubel). Dauerhafte Konsumgüter wie Fernseher und Kühlschränke könnten wegen fehlender Kaufkraft kaum mehr abgesetzt werden. Bogomolov betrachtet die Wirtschaftspolitik nach den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) als Fehlschlag. (Diese Einschätzung wurde von *allen* danach befragten Gesprächspartnern geteilt.) Die Regierung werde das korrigieren müssen. Die Austeritätspolitik von Premierminister Yegor Geidar, die vom IMF und den USA unterstützt werde, könne zu einer sozialen Explosion führen. Man könne den Lebensstandard nicht um einen Faktor von 2-3 reduzieren. Der amerikanische liberale Kapitalismus taue nicht für Russland; soziale Marktwirtschaft sei vorzuziehen.

Im Zusammenhang mit der Hyperinflation ist der Handel mit den anderen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) problematisch. Bogomolov erklärte, andere Republiken hätten ihren Staatsbetrieben Kredite gegeben, mit denen diese Betriebe Waren in Russland aufgekauft hätten. Damit seien aus Russland Waren hinausgeflossen, und Rubel hineingeflossen, die praktisch wertlos seien. Von Januar bis Juni 1992 sollen auf diese Weise 100 Mia. Rubel "leeres Geld" nach Russland hineingeflossen sein. Bogomolov sprach sich für die Errichtung einer Rubel-Wirtschaftszone mit einer gemeinsamen Budget- und Finanzpolitik aus. Dies sei aber angesichts des starken Bedürfnisses nach Unabhängigkeit, besonders in den europäischen GUS-Staaten, kaum realistisch. Russland, Kasachstan und Usbekistan könnten es tun, aber Usbekistan habe ein Handelsdefizit mit Russland, so dass dies darauf hinauslaufen würde, dass Russland Usbekistan unterstützen würde.

Der Staat hat laut Bogomolov grundsätzlich zwei Möglichkeiten, seine Einnahmen zu erhöhen: Steuern zu erhöhen und eine deflationäre Politik zu betreiben, oder die Produktion (und damit gleichzeitig auch das Steueraufkommen) zu erhöhen zu versuchen. Zurzeit habe Russland die höchsten Steuern der Welt: Jedes Unternehmen müsse 32% des Gewinns an Steuern abführen, 38% der Lohnsumme müssten für das System sozialer Sicherheit aufgewendet werden, und die Mehrwertsteuer betrage 28%. Darum würden sich die meisten neugegründeten Firmen auf den Verteilungssektor konzentrieren, wo rasche (Spekulations-)Gewinne erzielt werden könnten, statt in die Produktion zu investieren. Lokale Behörden seien nun für die soziale Sicherheit verantwortlich, und sie hätten begonnen, Steuern zurückzubehalten, die an den Staat abgeführt werden müssten.

Bogomolov betrachtet die Sequenz der wirtschaftlichen Reformmassnahmen in Russland als verfehlt. Privatisierung hätte nach seiner Meinung (die von mehreren anderen Gesprächspartnern geteilt wurde) vor der Preisfreigabe kommen sollen. Hier besteht aber ein Teufelskreis: Privatisierung erfordert einen Preisbildungsmechanismus, ein Preisbildungsmechanismus setzt einen Markt voraus, der wiederum nur nach der Privatisierung entstehen kann. Bogomolov erwartet dass Präsident Jeltsin neue Minister in die Regie-

rung aufnehmen wird, die von Mikroökonomie etwas verstehen. Er erwartet auch, dass Premierminister Geidar durch jemanden wie Vizepremier Shumeiko oder Arkady Volski abgelöst wird (beides Leute mit einem Hintergrund in der Rüstungsindustrie).

Diese Einschätzung wurde von Sergei A. Karaganov, Vizedirektor des Instituts für Europa, im wesentlichen geteilt. Premierminister Geidar sei ein brillanter Makroökonomist, die Leute unter ihm seien aber unglaublich korrupt. Er schloss nicht aus, dass Elemente von Notstands- oder Kriegsrecht eingeführt werden könnten. Man bewege sich in Richtung eines milden autoritären Regimes, es bestehe aber keine grosse Gefahr, dass Russland ein wirklich autoritäres Regime bekomme. Die beteiligten Leute (Shumeiko, Volsky und andere mit ähnlichem Hintergrund) seien eher Technokraten, welche die Revolution zugunsten ihrer Zielsetzungen modifizieren möchten. Karaganov erwartet, dass die Lage im nächsten Jahr, vielleicht sogar schon während des Winters 1992/93, kritisch werden könnte. Gegenwärtig sei aber nicht viel zu befürchten. Die Neofaschisten könnten die Regierung nicht stürzen, und das Volk sei der Revolutionen müde. Es habe sich bislang als bemerkenswert anpassungsfähig gezeigt.

Aussenpolitische Ausrichtung Russlands

Im russischen Aussenministerium werden nun die wirtschaftlichen Konsequenzen ausserpolitischer Entscheide systematisch evaluiert, wie Ednan T. Agaev, Berater des Aussenministers erklärte. Die grösste Aufgabe des Aussenministeriums liege in den Beziehungen zu den anderen GUS-Republiken; dies sei die "Priorität der Prioritäten". Für die Zukunft der GUS sei entscheidend, ob sie den Mitgliedstaaten etwas bieten könne, was einem echten Bedürfnis entspricht. Sie müsse auf einem Gleichgewicht der Interessen aufbauen, nicht eine Neuauflage der Sowjetunion sein. Besonders die Ukraine betrachte jede russische Erklärung als Versuch, das alte Sowjetreich zu restaurieren. Man müsse aber Geduld haben. Die Grenzen zwischen den GUS-Staaten sollten durchlässig sein, sie sollten aber nicht verändert werden, sonst könnte sich eine Lage wie in Jugoslawien entwickeln. Russland sei übrigens der erste Staat gewesen, der die Ukraine in den gegenwärtigen Grenzen anerkannt habe. Agaev fügte hinzu, er hoffe, dass dies auch dann so bleiben sollte, falls die Ukraine die GUS verlassen sollte.

Russland hat das Embargo gegen Serbien nur widerstrebend unterstützt, wie Sergei Karaganov erklärte. Es habe nur mitgemacht, um nicht isoliert zu werden. Es sei mitnichten klar, wer den Krieg in Jugoslawien begonnen habe. Karaganov glaubt nicht, dass es möglich sei, in diesem Konflikte eine ähnliche Koalition zu bilden wie jene, die gegen den Irak zustandekam. Im MGIMO wurde auch erklärt, bei der Frage, ob Russland sich dem Embargo gegen Serbien anschliessen sollte, seien pan-slawische Gefühle sichtbar geworden.

Wie aus verschiedenen Gesprächen deutlich wurde, gibt es in Moskau drei grundlegende Auffassungen über die Ausrichtung der Aussenpolitik:

- a) Russland soll sich um ein möglichst gutes Verhältnis mit den USA und, in zweiter Linie, mit Westeuropa bemühen. Diese Linie wird von Jeltsin und Aussenminister Kozyrev vertreten, sie ist zurzeit in der Regierungspolitik dominant. (Im privaten Gespräch erklärte der Berater des Aussenministers, dass die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Vorfeld des Jeltsin-Besuches in Washington absolute Priorität erhalten hätten.)
- b) Russland soll sich stärker auf seine nationalen Interessen konzentrieren und gegenüber den USA, Westeuropa und solchen Organisationen wie dem IMF mehr Rückgrat zeigen. Das könnte auch einschliessen, im Fall Serbiens eine andere Position zu vertreten. Diese Position wird in gemässiger Form von Vizepräsident Rutskoy und Parlamentspräsident Chasbulatov vertreten, in militanter Form von Leuten wie Zhirinovsky und Makashov.

- c) Russland soll sich mit dem Süden gegen den Westen verbünden. Der Verkauf von Raketentriebwerken nach Indien wird als Beispiel dieser Linie der Aussenpolitik gesehen. Manche Leute sollen sich die Frage stellen, ob Russland sich nicht mit Indien und Japan verbünden sollte, um die USA als einzige verbliebene Supermacht auszubalancieren. Der billige Kauf von russischer Spitzentechnologie durch die USA (Topaz-Kernreaktor) hat Ressentiments erzeugt.

Vorstellungen über ein künftiges europäisches Sicherheitssystem

Die Ausweitung der KSZE auf 52 Mitglieder - insbesondere die Aufnahme der zentralasiatischen Staaten - wurde von verschiedenen Gesprächspartnern skeptisch bis ablehnend beurteilt. Dies verringere ihre Entscheidungsfähigkeit. Generalleutnant Ladygin sprach sich dafür aus, dass die KSZE über politische und wirtschaftliche Sanktionsmöglichkeiten verfügen solle, vielleicht gar über militärische Mittel. In der gegenwärtigen Lage ist, wie Sergei Karaganov sagte, die NATO nützlicher. Sie sei das Instrument, das am ehesten verwendet werden könne. Auch Ednan Agaev vom russischen Außenministerium erklärte, Russland unterstütze die Idee, dass die NATO als bewaffneter Arm der europäischen Sicherheit verwendet werden sollte. Die KSZE habe in Jugoslawien einen Fehlschlag erlitten, weil sie keinen bewaffneten Arm habe. Wieso sollte man darum nicht die NATO verwenden, zumal der Aufbau eines entsprechenden KSZE-Instrumentariums zeitraubend wäre und politischen Willen erfordere? Man wisse, dass Frankreich diese Verwendung der NATO nicht wolle, aber es sei nichtsdestoweniger nötig. Agaev sagte, eine Expansion der NATO könnte sich positiv auf die Stabilität in Europa auswirken. Eine Isolation Russlands wäre aber nicht hilfreich; auch Russland wolle letztlich der NATO beitreten.

Karaganov erklärte, der *Nordatlantik-Kooperationsrat* (NACC) sei kein vollkommener Mechanismus, aber es sei ein Klub, der eine gewisse Atmosphäre hergestellt habe. Der NACC sei im wesentlichen ein Instrument zur Konsultation ohne eigentliche Mitgliedschaft. Wenn aber eine eigentliche NACC-Mitgliedschaft geschaffen würde, sollten die Neutralen und Nichtpaktgebundenen auch aufgenommen werden. Wenn es darum gehe, zu verhindern, dass Europa in das 16. oder 17. Jahrhundert zurückgleite, müsse man auf alle vorhandenen Institutionen und Instrumente zurückgreifen.

Wichtigste sicherheitspolitische Probleme und Prioritäten Russlands

Generalleutnant Fyodor Ladygin erklärte, die Gefahr eines grossen Nuklearkrieges wie auch jene eines begrenzten [konventionellen] Krieges bestehe praktisch nicht mehr. Hingegen gewannen Konflikte ethnischen und nationalistischen Charakters immer mehr an Gewicht. Internationale Zusammenarbeit, besonders in Europa, sei notwendig, um diese negativen Tendenzen einzudämmen.

Laut Sergei Blagovolin kommen die grössten Herausforderungen für die russische nationale Sicherheit aus dem Innern. Das Schicksal der russischsprachigen Volksteile in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR könne Russland nicht gleichgültig lassen. Vom Westen bestehe überhaupt keine Bedrohung mehr. Dies impliziert, dass eine solche Bedrohung früher zumindest perzipiert wurde. Es bestehe aber eine Bedrohung für Russland wie für Westeuropa seitens des Südens. Die Proliferation von Massvernichtungswaffen und ballistischen Missilen sei ausser Kontrolle geraten. Russland könne seine Sicherheit nicht gewährleisten, ohne Teil einer internationalen Sicherheitsstruktur zu sein.

Strategische Nuklearwaffen in der Ukraine, in Weissrussland und Kasachstan

In Lissabon (wo die Probleme bereinigt wurden, die sich für den START-Vertrag nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergeben hatten) gelang es laut Sergei Rogov

(Vizedirektor des Institutes für die USA und Kanada) der Ukraine, Weissrussland und Kasachstan, alte Versprechungen (in einigen Jahren alle auf ihren Territorien stationierten strategischen Nuklearwaffen aufzugeben) gegen neue und wichtige amerikanische Konzessionen einzutauschen (formelle Gleichbehandlung mit Russland durch die Überführung des bilateralen START-Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion in ein fünfseitiges Abkommen zwischen den USA, Russland, der Ukraine, Weissrussland und Kasachstan). Dies schaffe für diese Länder eine ausgezeichnete rechtliche Grundlage, um später einen Status als Nuklearwaffenstaaten zu reklamieren. Die Verpflichtung, alle Nuklearwaffen aufzugeben, sei nichts als ein Stück Papier.

Demgegenüber erklärte Botschafter Nazarkin, alle Nuklearwaffen - auch jene, die in diesen drei Staaten disloziert seien -, stünden effektiv bereits unter russischer operationeller Kontrolle (auch wenn sie formell dem Oberbefehlshaber der GUS, Marschall Shaposhnikov unterstellt sind). Die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan könnten bereits heute als Nicht-Nuklearstaaten betrachtet werden. Die Ratifizierung des START-Vertrages und der dazugehörigen Protokolle durch das russische Parlament sei aber erst dann gewährleistet, wenn diese drei Staaten dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT) als Nicht-Nuklearwaffenstaaten beigetreten seien.

Der ukrainische Präsident Leonid Kravchuk hat laut Sergei A. Karaganov, Vizedirektor des Institutes für Europa, zu bemerken begonnen, dass er im Verhältnis mit Russland den Bogen überspannt hat. Als grosser Opportunist versuche er jetzt das Verhältnis mit der russischen Bevölkerung in der Ukraine wieder zu verbessern. Ukraine werde in Russland zum Sündenbock gemacht, und umgekehrt. Daniil Proektor, Professor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO), bezeichnete einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland als undenkbar, obwohl die sozialistische Nationalitätenpolitik es geschafft habe, innert 70 Jahren Völker zu entzweien, die vorher während Jahrhunderten friedlich zusammengelegt hatten. Kravchuk sei als ehemaliger ZK-Sekretär für Ideologie ein flexibler Mann, der wohl drohe, aber nie einen Krieg beginnen würde. Die Streitigkeiten um die Schwarzmeerflotte seien eine politische Spielerei. Das Verhältnis unter den ehemaligen Republiken werde wahrscheinlich zwei Etappen durchlaufen. Zunächst würden alle Republiken sich von Russland trennen, wie erwachsene Kinder. Später würde die Erkenntnis der engen Bande folgen und sich ein Netz von föderativen und konföderativen Elementen bilden.

Verteidigungsministerium und Streitkräfte

Der frühere Vizedirektor des Instituts für die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, Andrey A. Kokoshin, ist vor wenigen Wochen zum Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister Russlands ernannt worden. Dies bedeutet aber laut zwei früheren engen Mitarbeitern Kokoshins, Sergei Rogov und Alexander A. Konovalov, keineswegs, dass wirksame zivile Kontrolle im Verteidigungsministerium und über die Streitkräfte besteht. Vielmehr habe das Militär nach wie vor vollständige Kontrolle. Demgegenüber erklärte Generalleutnant Fyodor Ladygin emphatisch, die Streitkräfte stünden zu 100% unter der Kontrolle Yeltsins, der Regierung und des Verteidigungsministeriums. Yeltsin und die russische Regierung täten alles, was in ihren Kräften stehe, um die Lage der "Menschen mit Gewehr" zu verbessern.

Verteidigungsminister Grachev wurde (von Sergei Blagovolin) als politisch ambitionslos und loyal zur Präsident Yeltsin und der russischen Regierung bezeichnet. In dieser Zeit grosser Probleme für die Streitkräfte sei es gut, dass ein General mit Felderfahrung (u.a. in Afghanistan) dieses Amt innehabe. Blagovolin sagte weiter, er habe sich seit Jahren dafür eingesetzt, dass ein Zivilist Verteidigungsminister werden sollte. Dies sei aber dafür nicht die richtige Zeit. Bei den "alten Generälen" soll Grachev nicht beliebt sein. Der pensionierte Generalmajor Nikita Chaldymov meinte, Grachev sei ein guter Oberkommandierender, er müsse aber viel lernen, um eine politisch fähige Figur zu werden.

Lage der russischen Streitkräfte in den baltischen Staaten

Eine Beratung der baltischen Staaten durch die Schweiz auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und beim Aufbau ihrer Streitkräfte wäre laut Sergei A. Karaganov, Vizedirektor des Instituts für Europa, dann nützlich, wenn sie zu einer vernünftigeren Haltung der baltischen Staaten gegenüber Russland (Abzug der russischen Truppen, Behandlung der russischsprachigen Minderheiten) beitragen würde. Die russische Regierung würde laut ihm diese Bewertung wahrscheinlich teilen. Das Militär würde gegen ein solches Engagement sein, aber es würde sicherlich ein schweizerisches Engagement einem solchen seitens der NATO vorziehen. Da die baltischen Staaten laut Karaganov ohnehin militärisch nicht zu verteidigen sind, sollte man ihnen eine vernünftige Sicherheitspolitik vermitteln.

Ednan T. Agaev, Berater des russischen Aussenministers, meinte zur gleichen Frage, die Wünschbarkeit von Beratung durch die Schweiz hänge davon ab, in welcher Richtung die baltischen Staaten ihre Sicherheitspolitik entwickelten. Wenn sie das schweizerische Modell befolgen würden, würde dies von Russland nur begrüsst. Wenn sie indessen die Spannung weiter erhöhen würden, würde ein solches Engagement nicht als freundlicher Akt gegenüber Russland angesehen. Russland wolle die Balten nicht unter Druck setzen, man könne aber die Truppen nicht über Nacht abziehen.

Die kritische Haltung gegenüber dem Drängen der baltischen Staaten auf einen raschen Abzug aller russischen Truppen wurde von fast allen Gesprächspartnern geteilt. Ein überhasteter Rückzug dieser Truppen nach Russland könnte der Tropfen sein, der das Fass zum Überfließen bringen könnte, d.h. die Unzufriedenheit über die soziale Versorgung der Armee zur Explosion bringen. Von russischer Seite wird im übrigen erkannt (und verstanden), dass die baltischen Staaten die russischen Truppen primär deshalb möglichst rasch abgezogen haben wollen, weil sie einen politischen Umschwung in Russland befürchten, der solche Kräfte an die Macht bringen könnte, welche die Wiederherstellung des sowjetischen Reiches, sofern notwendig auch unter Gewaltanwendung, anstreben könnten. Den baltischen Regierungen wird vorgehalten, dass ihre Politik kurzfristig sei, weil sie diese befürchtete Entwicklung in Russland gerade herbeiführen könnte.

Generalleutnant Fyodor Ladygin sagte, er verstehe das Drängen der baltischen Politiker auf einen raschen Abzug nicht. Leider gebe es aber im Westen auch Staaten (nicht die Schweiz) welche für die Akte gegen die russischen Truppen Verständnis aufbrächten. Auch Ednan Agaev erklärte, es handle sich um ein Thema, das in Russland Emotionen auslöse. Wenn die baltischen Staaten weiterhin Menschenrechte der russischen Bevölkerung missachteten, werde es schwierig sein, das Aufkommen nationalistischer Regungen in Russland zu verhindern.

Sergei Karaganov, Vizedirektor des Instituts für Europa, stellte zwei Szenarien dar, wie Unruhen in den baltischen Staaten ausbrechen könnten. Einerseits könnten die Balten den Druck auf die russischen Streitkräfte übertreiben, die dann zu gewaltsamen Mitteln greifen würden. Die Disziplin dieser Truppen sei schlecht; niemand werde z.B. dafür bestraft, Waffen zu verkaufen. Andererseits sei auch denkbar, dass Ende 1992 in Lettland und Estland ein radikaleres (anti-russisches) Parlament gewählt werde, das die Staatsbürgerschaftsgesetze noch verschärfen könnte und die russische Bevölkerung zu vertreiben beginnen würde. Eine Reihe von Zwischenfällen könnte dann ausbrechen und eskalieren, wenn die Minderheiten an die Wand gedrückt würden.

Künftige russische Streitkräfte

Sergei Rogov sagte, dass Russland in Zukunft eine kleinere, aber wesentlich mobilere Armee brauchen werde (die flexibel auf verschiedene Krisenherde gerichtet werden könnte). Das bringe aber das Risiko mit sich, dass die Streitkräfte wieder allein auf Grund ihrer Fähigkeiten (statt politischer Intentionen) eingeschätzt werden könnten und

die militärische Rivalität wieder beginnen könnte. Alexander A. Konovalov wies darauf hin, dass die benötigten Streitkräfte genau jene Eigenschaften haben müssten, die durch die CFE-Verhandlungen verringert oder eliminiert werden sollten (z.B. Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff). Man müsse auch aus diesem Grund über kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa nachdenken, z.B. über einen europäischen Sicherheitsrat, dem ein Teil der russischen Streitkräfte assigniert werden könnte.

Generalleutnant Ladygin erklärte, die künftigen russischen Streitkräfte sollten zu einem grossen Teil aus Berufssoldaten bestehen. Für Wehrpflichtige soll ein [ziviler] Ersatzdienst angeboten werden, ein Teil soll aber weiterhin für den Militärdienst eingezogen werden. Die Streitkräfte sollten kleiner, kompakter, modern ausgerüstet und sehr mobil sein, um eine Konzentration in verschiedene Richtungen zu ermöglichen. Die Umstellung soll innert 6-8 Jahren vollzogen werden.

Rüstungskontrolle

Der Rüstungskontrolle kam, verglichen mit früheren Jahren, in den Gesprächen eine geringere Bedeutung zu, obwohl der Besuch zu der Zeit stattfand, als Präsident Jeltsin in Washington war und eine Übereinkunft zur weiteren Verringerung der strategischen offensiven Nuklearwaffen erreicht wurde, die noch vor einem Jahr als sensationell betrachtet worden wäre. Botschafter Yuri Nazarkin, Chef der Rüstungskontrollabteilung im russischen Aussenministerium, betonte die Wichtigkeit der Ratifizierung und Inkraftsetzung des START-Abkommens (das er zu einem wesentlichen Teil als russischer Verhandlungsführer selbst mitgestaltet hat und darum als "sein Kind" betrachtet). Das START-Abkommen wird seiner Meinung nach durch die weitergehenden Schritte keineswegs abgewertet, vielmehr stelle es die Infrastruktur (Verifikation, Konversion) für dafür zur Verfügung.

Sergei Karaganov, Vizedirektor des Instituts für Europa, sprach sich vehement gegen konventionelle Rüstungskontrolle in Europa aus. Er erklärte, man sollte Rüstungskontrolle abschaffen. Es sei zu einem Risikofaktor geworden. Das CFE-Abkommen schaffe mehr Probleme als es löse. Die Regierungen könnten es vielleicht gar nicht verwirklichen. Man müsse es nichtsdestoweniger ratifizieren, um Stabilität und Transparenz zu erhöhen. Regionale Rüstungskontrolle sei im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nicht machbar.

Nazarkin betonte die Wichtigkeit, den ABM-Vertrag (Beschränkung von Raketenabwehrsystemen, 1972 abgeschlossen) in seiner gegenwärtigen Form beizubehalten. Sergei Blagovolin, Direktor des Zentrums für Studien über die nationale Sicherheit, erklärte hingegen, er freue sich insbesondere über die in Washington veröffentlichte gemeinsame Erklärung der Präsidenten Bush und Jeltsin über ein "Global Protection System". (Diese Erklärung enthält auch einen Passus, laut dem die Abänderung "bestehender Abkommen" geprüft werden soll; damit kann nur der ABM-Vertrag gemeint sein.) Er hoffe, dass der ABM-Vertrag abgeändert werde, um die gemeinsame Entwicklung von Raketenabwehrsystemen mit den USA (und vielleicht noch weiteren Staaten) zu erlauben. Akademiemitglied Nikita Moiseyev sprach davon, das bestehende russische Raketenabwehrsystem und das amerikanische Projekt "brilliant pebbles" in ein umfassendes System zur Abwehr unautorisierter bzw. versehentlicher oder terroristischer Abschüsse von Nuklearraketen zu integrieren.

Kommentar: Die Aussagen zur Rüstungskontrolle reflektieren stärker vergangene Positionen und Auseinandersetzungen als zukunftsgerichtete Visionen: Nazarkin verteidigt das, was er als einen wichtigen Teil seines Lebenswerks betrachtet. Blagovolin freut sich, dass er als Advokat der Zusammenarbeit mit den USA im Raketenabwehrbereich späte Genugtuung erfährt. Da werden alte Rechnungen aufgemacht und (teilweise) beglichen. Das Thema wird für diesen Zweck instrumentalisiert, und der Realitätsbezug wird mitunter schwach. Es geht weniger um den ABM-Vertrag oder "brilliant pebbles" als vielmehr darum, dass man selber recht gehabt hat und die anderen im Irrtum waren. Die USA

könnten bei zielgerichtetem Vorgehen diese Lage vielleicht noch stärker ausnützen als bisher, aber das ist keine langfristig tragfähige Basis für über Machbarkeitsstudien hinausgehende gemeinsame Projekte.

Lieferung von Raketentriebwerken an Indien

Die Lieferung von russischen Raketentriebwerken an Indien vor wenigen Monaten führte zu einer zeitweiligen Verstimmung im amerikanisch-russischen Verhältnis. Botschafter Nazarkin erklärte, diese Triebwerke seien nur für zivile Zwecke verwendbar, zumal es mehrere Tage dauere, um die Raketen vollständig mit Treibstoff aufzutanken. Die amerikanische "Propagandakampagne" sei nur auf wirtschaftliches Konkurrenzdenken zurückzuführen; einige amerikanische Gesellschaften hätten mit Indien über diesen Kontrakt auch verhandelt (und gegenüber den Russen verloren). Andrei V. Zagorski, Vizedirektor des Zentrums für internationale Studien (innerhalb des MGIMO) sagte hingegen, dieser Transfer sei eine Verletzung russischen Rechts. Der Transfer sei aber in Übergehung der zuständigen Ämter auf hohem Niveau bewilligt worden. Dies sei nur einer von mehreren ähnlichen Vorfällen.

Laut Nazarkin erwägt Russland, dem Missile Technology Control Regime (MTCR) beizutreten. In der Praxis würden diese Richtlinien bereits eingehalten.

VERTRAULICH

Gesprächsnotizen

Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter in Moskau, Dr. Jean-Pierre Ritter

Botschafter Ritter: Wenn ich in Gesprächen mit Vertretern der Nachfolgerepubliken der UdSSR unser Ausbildungsprogramm für angehende sicherheitspolitische Experten erwähne, werde ich immer wieder mit der Frage und dem Bedürfnis konfrontiert, ob diese Republiken einen Teilnehmer an diesen Kurs senden könnten. Es besteht mehr Interesse an einer sicherheitspolitischen Ausbildung in der Schweiz als in den USA.

[Div Geiger erklärt die von der schweizerischen Botschaft in Stockholm geäußerten Bedenken gegen ein beratendes Engagement der Schweiz beim Aufbau von Streitkräften in den baltischen Republiken.]

[Winkler erklärt, dass das SIPOLEX-Programm ein beschränktes Budget hat - die Teilnehmer aus dem früheren Osten erhalten ein Stipendium -, dass auch erhebliche Raumprobleme bestehen, und dass die Balance zwischen Ost und West im Auge behalten werden müsse. Die Schweiz unterstützt aber ein Programm des Institute for East-West Studies, im Rahmen dessen im Osten Ausbildungskurse durchgeführt werden. Es wird auch die Möglichkeit ins Auge gefasst, 1994 eine Konferenz von Institutsdirektoren in der Schweiz durchzuführen.]

Botschafter Ritter: In den Nachfolgestaaten [der UdSSR] gibt es mehr zu tun als in "alten" Staaten mit einer Diplomatie- und Hochschultradition. In einem Gespräch sagte mir Askar Akayev, Präsident von Kirgizstan, er bewundere die Schweiz wegen ihrer Neutralität, das sei das Modell für sein Land, aber Kirgizstan wolle eine unbewaffnete Neutralität. Akayev sagte, die zentralasiatischen Staaten seien wie ein aktiver Vulkan. Erwartung und Bedarf für Ausbildung sind in Zentralasien vorhanden. Das braucht nicht zwingend viel Geld. Persönliche Kontakte sind sehr nützlich und können zum Aufbau langfristiger Beziehungen führen. Wir sollten in der Sicherheitspolitik nicht versäumen, was wir im Bankensektor versäumt haben. Kurse, die hier in der GUS durchgeführt würden, sind keine Alternative. In allen Staaten besteht das Bedürfnis nach einem Besuch des schweizerischen Verteidigungsattachés.

[Winkler erwähnt, dass bereits mehrmals in Genf bilaterale schweizerisch-sowjetische bzw. schweizerisch-russische Konferenzen über Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle durchgeführt wurden.]

Div Rast: Internationale Konferenzen bringen diesen Leuten wenig. Man muss von Grund auf beginnen. Wir müssen neue Wege gehen. In der Schweiz werden manchmal Fehler gemacht. Man sagt zu schnell: Kein Personal, kein Geld. Man sollte sich an einen Tisch setzen und das ganze gründlich besprechen. Es ist nicht einfach, mit alten Methoden (Konferenzen/Seminare) die neuen Probleme anzupacken.

Botschafter Ritter: Ich kann das zu 100% bestätigen.

Div Geiger: Die Federführung für solche Projekte sollte beim EDA sein, und sie sollten aus dem Osthilfe-Kredit finanziert werden, wobei das EMD im Bereich Sicherheitspolitik involviert sei könnte.

Botschafter Ritter: Man erwartet viel von uns.

Winkler: Eine andere Idee wäre, ein neues Programm zu schaffen, das speziell auf diese Bedürfnisse zugeschnitten wäre und z.B. 3 Monate dauern könnte.

Pitteloud: Es gäbe auch die Möglichkeit, mit einer schweizerischen Delegation an Ort und Stelle Leute auszubilden.

Botschafter Ritter: Ich bin skeptisch gegenüber Ausbildung an Ort und Stelle. In Zentralasien ist es überdies wahrscheinlich schwieriger, ein Ausbildungsteam dorthin zu bringen als die Auszubildenden in die Schweiz zu bringen. Ich würde ein Engagement der Schweiz, analog zu dem, was von den baltischen Staaten gewünscht wurde, sehr befürworten.

Div Rast: In der Schweiz muss man sich bewusst sein, dass die Zeit zählt. Hilfe ist in den nächsten Monaten nötig. Andere engagieren sich jetzt.

Botschafter Ritter: Wir erhielten immer wieder Lob für die frühe Anerkennung aller GUS-Republiken am 23. Dezember 1991.

Der wirtschaftliche Tiefpunkt ist noch nicht erreicht. Viele Leute sagen, dass der nächste Winter härter sein werde, der letzte war meteorologisch mild. Man hätte die Privatisierung vor der Preisfreigabe machen

sollen. Der Rubelkurs ist nun faktisch freigegeben. Russland ist nun in einer ähnlichen Lage wie vorher die UdSSR in bezug auf Föderalismus und Sezession. Russland ist merkwürdigerweise auch nicht Mitglied der Russischen Föderation.

Div Rast: Es gibt nun mehr Produkte in den Läden, aber wenige können sich die Waren leisten.

Botschafter Ritter: Es gibt viel Geld, die Leute arrangieren sich. In den nichtrussischen GUS-Staaten wird immer wieder geklagt, man sei nicht Herr über die eigene Währung.

Aserbeidschan, Turkestan, Kirgizstan und Kasachstan sind eher laizistisch ausgerichtet. Das Modell ist hier die Türkei. In Usbekistan und Tadschikistan herrscht eine weniger klare Situation. Die Rolle der Türkei in Zentralasien und Aserbeidschan ist äusserst positiv. Sie ist ein Modell für einen islamischen laizistischen Staat. Das ist stabilisierend. Die Türkei schliesst für die Zukunft nicht aus, dass ein Commonwealth der Turkvölker gegründet werden könnte. Der Geschäftsträger der USA in Bishkek (Hauptstadt von Kirgizstan) sagte mir, die USA unterstützen den türkischen Einfluss.

Div Geiger: Wie wird die Westhilfe hier empfunden?

Botschafter Ritter: Sie wird als nützlich, nicht als Almosen empfunden.

Winkler: Ich habe gehört, die Stimmung wachse hier, dass der Westen nach dem Gewinn des Kalten Krieges Russland noch vollends zerstören wolle.

Botschafter Ritter: Das stimmt für Russland. Ich habe auch gehört, der Westen nütze die Notlage aus, um via Hilfeleistungen eine Abhängigkeit zu schaffen. Ich habe solches aber im Kaukasus und in Zentralasien nie gehört.

Div Rast: In der Öffentlichkeit besteht ein Unbehagen, dass die Heimat ausverkauft werde und dass man zu einem Satelliten werde.

Academician Prof. Dr. Oleg T. Bogomolov, Director, Institute of International Economic and Political Studies

Dr. Alexander Dimitriyevich Nekipelov, Deputy Director, Institute of International Economic and Political Studies

[Div Geiger and Winkler present the Swiss delegation, Winkler explains the purpose of the visit.]

Bogomolov: I am ready to answer you questions. I am, however, not a specialist in military affairs; I am a civilian dealing with economics and politics in the former Soviet Union and Eastern Europe.

Winkler: How do you see the economic situation, what political conclusions are you drawing?

Bogomolov: This is our great concern, in Russia and in the other successor states of the USSR. We have more than a crisis, a near-collapse. We have hyper-inflation, a steep drop in the living standard, uncertainty about our future. It would have been easier to prevent hyper-inflation than to come back. Compared to January 1991, the retail prices went up by 40-70 times. The milk price rose by 100 times. The salaries increased by at least 10 times. Some people manage to get 10,000-20,000 Roubles per month. Others can hardly survive. The consumption has been reduced considerably. The government expected a drop in the standard of living of one-third, but the consumption has dropped by about 50%. We have malnutrition. The Western aid is useful for the elderly; my wife is engaged in the distribution of such aid. One of the aspects of the policy of austerity is that it has not resulted in upheavals. The people reacted much worse. They stopped working hard, and started stealing. Crime increased heavily. By now, it is not safe to go the Moscow streets, you can be robbed. The government set the example: the savings of the people were wiped out. In 1991 prices, the savings amount to a total of 600 billion Roubles, which equalled about one year of retail turnover. The inflation of 4000% practically shrunk the savings to 10-15 billion Roubles. Ordinary people cannot afford to buy a TV, a refrigerator, they can afford only the current consumption. The factories producing [durable] consumer goods cannot sell because only a small part of the population can afford to buy their products. I consider the economic policy carried out in line with the IMF recommendations a failure. It does not work in our country. The government will correct it.

Winkler: In what way will it be corrected?

Bogomolov: We liberalized prices without knowing what would happen to the Rouble. Other republics gave credits to their enterprises which then used these credits to buy goods in Russia. [Thus we had an outflow of goods from Russia, and an inflow of Roubles.]

Nekipelov: More than 100 billion Roubles flowed from January to June 1992 into Russia; empty money.

Bogomolov: There are two ways of increasing the budget income: increasing taxes and conducting a deflationary policy, or increase production and at the same time revenues. Russia took the way of taxation. By now, we have perhaps the highest taxes in the world. Each enterprise should pay 32% of its profits in taxes. The total sum of salaries [Lohnsumme] should also be taxed by 38%, to pay for the social safety net. We have the highest value-added tax in the world: 28% in Russia. This is paid by the consumers. In addition we have some other taxes. The newly created private enterprises cannot survive. They prefer to be engaged in the distribution, where you can make quick profits by speculation, not in production. The government should promote production, entrepreneurship. We need to change the attitude of the people toward the work. We could produce double as much if the people would work hard. We should try to achieve this through material incentives. Privatization should be carried out in a more just form. The people feel robbed by the state. Part of the state property should be distributed among the population by vouchers, like in the CSFR. We should pay attention to the agriculture. This is the weakest part of our economy. I suggested numerous times to Gorbachev to introduce market relations first in the agriculture. I think that we have to correct our policy. We cannot achieve macro-economic stability only by way of austerity, we need to increase the supply.

Winkler: Is an increase of the supply possible, given the collapse of the inter-republican trade?

Bogomolov: It is necessary to reach agreement on a common Rouble group, for instance with Belarus. If Belarus refuses that, we will not sell gold and silver, as it would be paid by empty money. If Belarus introduces new money, a clearing system could be established. It will take time to establish customs and border posts. The best would be to establish a common Rouble zone, with a common financial and budgetary policy. However, in the European part of the former USSR, the trend to secede is so strong, that it is unlikely that such a zone could be established. Russia, Kazakhstan, and Uzbekistan might do it, but Uzbekistan has a trade deficit with Russia, which means that Russia would support Uzbekistan. We have a demoralization of society and of the army, and increasing separatism within Russia. Local authorities are now responsible for the social safety net. Hence the local authorities are now less dependent on the centre, and they have started to withhold taxes.

Winkler: Will the decline continue, or do we have to anticipate riots, or will the support for people like Zhirinovsky harden?

Nekipelov: Or for General Makashov.

Winkler: Or will Russia fragment into villages, rural regions, etc.?

Bogomolov: The necessity of a market reform is recognized by many people. I would not identify market reform only with [acting Prime Minister] Geidar, as it is done in the West. Geidar's model of reform did not work. This liberal, monetarist approach is not applicable to the monopolized and militarized system of Russia. Hence we need to choose a different tactic. Perhaps we should change the sequence of measures. I told Geidar in December not to be in hurry with the price liberalization, to have first privatisation. It seems now that Yeltsin wants to change the set of ministers to include people who understand micro-level economics.

Winkler: People from the group "Renewal"?

Bogomolov: I will not speculate. Our society is not quite ripe for democracy. Democracy is evolving in distorted forms in Russia. We are moving toward a market economy, but perhaps we should not be in a hurry. So, Yeltsin will change his set of ministers, perhaps building a coalition better representing the political spectrum. The forces advocating [law and] order are alive and try to come to power: Who represents these forces of order and a strong hand? Perhaps some modern figure of the old nomenklatura and the military-industrial complex. We need to cut down crime on corruption.

Div Geiger: How do you evaluate the Western assistance policy?

Bogomolov: This is a puzzle to me. I am somewhat suspicious regarding the US policy toward Russia. I recognize a desire by Western politicians to make the change in Russia more successful and irreversible. This could mean that the threat of communism would never again emerge. But a shock therapy can have the opposite result. The United States and IMF support for a shock therapy causes not only great sacrifices, but could result in a social explosion. You cannot reduce the living standard by 2-3 times. We made some mistakes by trying to act in line with the IMF recommendations and Western suggestions. But there are also more reasonable people in the West, in Germany, and in Switzerland. I had a good talk with Lamfalussy, who understands the situation. It is important to be consistent, but not to change everything

overnight. American liberal capitalism is not good for our country, I prefer the "soziale Marktwirtschaft". But for the time being I think that the Russian government is more in favour of the US approach.

Grossen: What is the time-frame for privatisation in Russia, and how does Russia intend to avoid that the companies are sold out to the West?

Nekipelov: Privatization is urgently needed, but it is not easy to be implemented. It is a question whether privatisation should be done rapidly or step-by-step. We have a vicious circle: privatisation requires a pricing system, and a pricing system requires a market. [An a market requires privatisation.] One of the major steps would be to make corporations out of state companies. Currently the [economic] signs are not being interpreted correctly by the state enterprises. By this, they contribute to the distortion of the private sector. Corporatization is important. I do not understand why it was not done before.

Bogomolov: It has been proclaimed many times.

Nekipelov: Often managers of state enterprises cannot react properly to market signals. This prevented that the people feel the whole pressure, but ...

Grossen: What kind of de-regulation do you expect to take place in Russia?

Nekipelov: At first it was expected that different Rouble exchange rates would be established. But afterwards the government decided to introduce only one unitary Rouble exchange rate. The danger is obvious. In the Committee on Foreign Economic Relations they are now considering setting limits on foreign investment, deciding on where foreign investment should be permitted.

Winkler: How much time will it take to stop the economic decline and increase production?

Bogomolov: This depends on the policy chosen. In the best case, we could stop the fall in one year, then increase production in the agriculture, in services, then in the light industry. We can find many real entrepreneurs in Russia. But you have to promote this. What does the government do? The private and the state enterprises are put in the same group. This is easier for the established companies than for new companies.

Winkler: Do you think that Russia will have this year [necessary for a turnaround]?

Bogomolov: I said that the precondition is government support by the population. In my view the people are rather patient. If you can present a persuasive concept, the people will support it.

Winkler: What about the feeling that the West is now trying to ruin Russia, and that Gorbachev was bought by the West?

Bogomolov: Only a few people would like to go back. The others recognize the need to go on. But the difficulties are greater than many expected. We feel that the government has made mistakes. Yeltsin told us to have a certain tolerance, that the situation would improve. But nothing is done to improve the structures. The shock policy does not work.

Div Rast: You mentioned change in government. But Yeltsin said that the Geidar team is here to stay.

Bogomolov: Some time ago, three new faces were invited into the government. Yeltsin cannot change his set of ministers quickly. But Geidar will go, and then the government will possibly be headed by Shumeiko, or by Arkady Volsky.

Grossen: To what extent is the economic decline due to the decline of trade in the CIS?

Nekipelov: The situation is very serious here. The economic ties were very strong in the former USSR. Even if they were irrational, they existed, and their disruption is a major cause of the decline. Now we face a poor situation and uncertainty. On the one hand there is a need for a common Rouble zone, on the other hand we have States who want to import goods and export things without any value. This is an obstacle to the economy. Everybody is trying to centralize commodities in order to barter. I am quite happy that the government at last has understood this. Those who would join the common Rouble zone should behave accordingly. Those who do not should be pushed out. The Baltic states have for long promised to introduce an own currency.

Dr. Sergei Rogov, Deputy Director, Institute for the United States of America and Canada

Dr. Alexander A. Konovalov, Section Chief, Institute for the United States of America and Canada

Rogov: The borders between Russia and the other former republics of the USSR are not even marked. Many problems lie ahead. Andrey A. Kokoshin, as first deputy defence minister, deals with military technology, new technologies, and the military budget. The main point should be political control over the armed forces. All three other deputies are generals, all from the Afghantsi, all aged around 40. This is a creation of the military part of the Defence Ministry. The civilian part does not exist yet. Kokoshin is working hard.

Catrina: How would you describe the current relationship between Russia and the United States? Is Russia the successor to the Soviet Union as a superpower?

Rogov: Since last year tremendous events happened. The country I was born in does no longer exist. The situation is very fluid. Nothing is to be taken for granted. It is clear that the Soviet Union has gone, but will Russia also disintegrate? This is an open-ended process. We have no government, but only people who call themselves government. We are the most democratic - or the most anarchistic - society. The situation is not under control. This has global repercussions. The question is whether to manage the bipolar world or to let emerge a black hole in Mackinder's Eurasian heartland. The military machine of the Soviet Union is being divided up. To some extent this is positive, since it was too large. On the other hand it has serious consequences. Even the nuclear arsenal might be divided up. The agreement [regarding nuclear weapons] is a piece of paper. In Lisbon, some old promises were traded against important US concessions [treating the Ukraine, Belarus, and Kazakhstan on the same level as Russia]. This created an excellent base in a legal sense for these three states later to claim nuclear status. On top of that, the Ukraine extended the time planned for elimination of all nuclear weapons from four to seven years. The Ukraine tried to block for some time the transfer of tactical nuclear weapons to Russia. Now all have gone. Some gravity bombs had no electronic locks. The Ukraine cannot claim the status of a non-nuclear-weapon state if it does not recognize Russian property right [i.e., that all nuclear weapons belong to Russia]. What will be the consequences for the international situation if there are two new nuclear-weapon states? What will be the reaction of Germany, Japan, India, Iran, or Pakistan?

The relationships with Germany and Japan are a second big question. Will this gap persist?

The North-South relations are a third big issue, and Islamic fundamentalism. Central Asia ties Russia into that.

The outcome of the three major challenges will depend on events outside Russia.

In Russia [CIS Defence Minister] Shaposhnikov has got a free hand. That was a major blunder. He did not use force against the republics, and there were no coup plots. But he did not dismantle this machine. Instead of creating allied forces he tried to keep everything under central control. The republics feared Russian domination and broke away. The republics forced the military commanders to take sides (like the 14th Army in Moldova). It is dangerous that colonels and majors have to take such a decision. Now it is too late. The process of disintegration continues. There is no clear strategy. Kokoshin is now First Deputy Defence Minister. But this is not sufficient to make the defence ministry civilian-controlled. It is still totally under military control.

Withdrawals of troops back to Russia are a key problem. There are 2 million soldiers in Russia, and 800,000 Russian soldiers outside (in Germany, Poland, and the Baltic states). We will also have to take over those stationed in Central Asia. Russia has to redeploy them. Can we build barracks for more than 30 divisions? Are they needed in Russia? This might, moreover, violate the CFE Treaty. From 40,000 tanks, we have to go down to about 6,000.

A final question: What kind of military doctrine does Russia need? This depends on our security interests:

1. We are still a country with no borders, but the relationship with the other CIS republics is crucial. If there would be conflict, Russia might in turn disintegrate. There is no military threat in the classical sense. The Ukraine and Kazakhstan cannot invade Russia. There is no need anymore for forward deployment. We can, however, still have a spill-over of ethnic unrest into Russia.
2. We no longer border Eastern Europe and the Middle East. But events there, and in the Far East, can pose a threat to Russia. The Balkanization of Eastern Europe (CSFR) is an example.

Catrina: How would you consider a closer association or even membership of the Central European countries with NATO?

Rogov: As far as I know, NATO does not intend to expand its membership. But if we take it as a hypothetical case: This would only be a threat to Russia if NATO would be considered to be hostile to Russia. The only real military threat is in the Far East. Japan and China might look for Russian territory.

3. Western Europe, United States: High nuclear arsenals will survive. A complete de-nuclearization is impossible. But there is no need to stay locked in a competitive rivalry with the United States. Responding to the Islamic challenge, watching Germany, Japan, and China is more important. In this regard, we are actually sharing a joint interest with the United States. Mutual deterrence will remain the basis. There could, however, possibly be differences, e.g. with the proposal of a ban of all MIRVed ICBM. We could have a more predictable and reliable, and cheaper, deterrence, permitting to withdraw from launch on warning postures. The nuclear relationship between Russia and the United States could further evolve. France and the United Kingdom have no intention to use nuclear weapons against each other. In a second stage, the Russian-American relationship could evolve in this direction, not in the sense of a condominium, but in the sense of making the United Nations finally working. The Fiji battalion could become a real trip-wire.

Russia cannot support the large Soviet army, nor create a Maginot line. It needs mobile power projection forces. There is a risk that each side could perceive the other only in the light of capabilities, and that then the rivalry could pick up again. That is to be prevented.

Russia, according to Russian information, agreed in Washington to give up MIRVed ICBM. These are the only systems with a hard-target kill capability. This is, by the way, also the only way to de-nuclearize the Ukraine and Kazakhstan. (Sorry guys, nothing personal, but we have just agreed to give up these systems you happen to have.) Some in the armed forces want to delay that until the year 2005. This would be a mistake. We shall see what can be agreed in a couple of days.

Russia should help itself. But it will, of course, need Western assistance. We cannot ignore the social problems. There should be a carrot: 1) Involvement of Western private companies in conversion. The West should view that not only as a commercial venture, but as the only guarantee [that it will be successful]. 2) The human dimension: The world of the Soviet officers has been shattered. The West should help. The West has recognized the problems, but is doing too little, too late.

Konovalov: One of the biggest problems is the huge military machine that lost its identity. It was never in the security interest of the Soviet Union, and neither in Russia's. We lost the first strategic echelon with East Germany and Central/Eastern Europe. Our Defence Ministry said that we had a 6:1 advantage and break-through capability, as well as allies. After that we lost with the Ukraine, Belarus, and the Baltics the second strategic echelon where there was a very extensive infrastructure. Now we have only the third echelon left.

There is no threat from the West, but there is one from the South-West (Islamic fundamentalism), from the South and from the Far East. There is no need to re-build all strategic echelons. Russia cannot afford it. It needs mobile corps backing up small local forces. We should concentrate on the real threat. A transport and airlift capability is needed. We have only the Trans-Siberian Railways, no roads. Hence mobility is costly and time consuming. With NATO we have talked on a reduction of the capabilities for surprise attack. But these very capabilities are needed in the new mobile defence system. We face the problem of defending large areas with smaller forces. In consequence, there is a need to think about cooperative security structures (e.g., a European security council) under which some of the Russian forces can be put. This is just my thinking, it is not yet a proposal.

The fourth circle is inside Russia. We have a host of internal problems. One of them is the problem of regionalization. The current economic and political situation allows thinking on the possibility of increasingly semi-independent states based on old Military Districts (Far East, Siberian region, Cossack region, Caucasian borders like Chechen-Ingush). Tatarstan has already a military doctrine; Russia has not. A good example for the threat is the situation of the 14th Army. Yeltsin offered to withdraw it to Russia. The Defence Minister qualified that later. Now it is being said that Yeltsin's remark represented not even an official view. The implication is that Yeltsin can be assumed to speak officially only when he is in Moscow. Some of his remarks were silly. You cannot verify whether re-targeting [the ICBMs away from US cities] has taken place. This is not a serious proposal. The problems of the creation of Russian armed forces are serious. We have to start from zero. We must identify the national security interests, what forces against what threat. This has not been answered yet. There is some possibility of warlording,

although it is not a likely scenario. It would happen only in case of a total economic and political collapse. A real problem is how to dismantle the monster. This is the first time this year that the emphasis is on social issues. There are no procurement orders, or they have been cut down heavily. The military-industrial complex includes 12 million people, with the families probably about 36 million. It is in a difficult situation now. It is the first time that all orders are routed through the Defence Ministry. How large was the old budget, or better: "the defence burden", including the KGB and the MVD: 53% of the GNP, 73% of the national income, 80% of the machinery production. Conversion should better be called the construction of a totally new economy. The old economy was totally militarized.

We have common security interests with the West. We have to base our defence and national security policies on totally new parameters. Do we need a security system in Europe? Yes. But there are new threats. The NATO has, with its rapid reaction forces, already moved in that direction. We could train together with it. We do not expect NATO to extend its territory. There is no need to destroy NATO cohesion. But Russia should not be excluded. That would be devastating. In the past confrontation was taken for granted. It has been the organizational principle. This confrontation has gone. We need a new organizing principle that is stabilizing.

Academician Nikita Moiseyev

Dr. M. Matskovsky, Director-General, International Center for Human Values

Col Yevgeny Avikhin, International Center for Human Values

Vladimir Solotukhin, Director-General, Intersystem

Matskovsky: Welcome. I am a sociologist from the Institute of Sociology. Three years ago I decided with some colleagues to create this center. We have very important political, economic, and social change in our country. But this is not enough. We have to change the morality, initiative, the decision-making process. It is important to change our mentality. Over 70 years, a person with a low level of responsibility and initiative was created. What is our center doing:

1. Sociological research, partly in cooperation with US universities, partly under contract from the state.
2. We are publishing books about private life. It is important that people return to the morals in their private life and family [and think less about politics]. We have translated books about family.
3. We organise conferences on business ethics, family morals, moral education in secondary schools.
4. We decided to be engaged in projects for social welfare and social security of military people. Our state owes some debt to the military people, and they have very serious problems. This is very dangerous in view of the possibility of a social explosion. We pay attention to these problems. We want that the military institutions are more closely connected on a world scale. I am in favour of promoting contacts among military people of different countries. I myself am not a military person.

I want to present you Vladimir Solotukhin, from Uzbekistan. He was before an editor of a military journals and is now Director-General of Intersystem (a sister organization of our center), working on computer systems in different areas. I also want to present Colonel Yevgeny Avikhin. He was before in the General Staff, now he is with us as member of the board. I am please to talk with you about problems of social welfare, social security, and training.

Div Geiger [presents the Swiss delegation].

Winkler [presents the SIPOLEX training programme and explains the purpose of the visit].

Solotukhin: I was a member of parliament. This is over, but I am still interested in the same problems.

Winkler: We have not yet met Academician Moiseyev. Would you tell us what are his activities and position?

Matskovsky: He is an academician developing ideas of how to cope with the emerging situation, including nuclear issues and conversion.

Winkler: How many people are employed by the center?

Matskovsky: We have 25 here, but close to 200 are involved in one way or another. The center is an independent organisation, funded by different organisations we are in contact with, and by our publishing activity.

Div Geiger [proposes to continue the discussion in German-Russian translation]. In ihrem Programm steht "adaptation of military men to civilian life". Schliesst das auch ein, wie die gegenwärtig noch in den baltischen Staaten dislozierten Truppen hier integriert werden könnten?

Solotukhin: Es gab im Baltikum Befragungen darüber, wie sich die Bevölkerung zum Aufenthalt der russischen Armee stellt. Der Status dieser Truppen ist in politischer Hinsicht unbestimmt. Aber es geht nicht nur um ein politisches, sondern auch um ein humanitäres Problem. Für manche sind die baltischen Staaten zur Heimat geworden. Sie haben dort eine Wohnung, die Frau arbeitet vielleicht dort, und die Kinder besuchen die Schulen. Der Rückzug ist kein einfaches Problem.

[Akademie-Mitglied Nikita Moiseyev stösst zu der Gruppe. Div Geiger stellt die schweizerische Delegation vor. Winkler erklärt den Zweck des Besuches.]

Moiseyev: Ich habe meine Uniform nach dem Krieg als Hauptmann an den Haken gehängt. Ich fühle mich vom Generalstab weit entfernt.

Winkler: Was ist Ihr Arbeitsgebiet und Ihre Aufgabe?

Moiseyev: Ich gehöre nicht unmittelbar zu diesem Zentrum. Mein Bereich ist schwer zu beschreiben. Ich habe mich mein ganzes Leben mit mathematischen und Weltraumfragen beschäftigt. In letzter Zeit habe ich mich Fragen des globalen Umweltschutzes zugewandt. Ich bin jetzt pensioniert und habe keine formale Anstellung mehr. Es gibt aber weiterhin eine gesellschaftliche Tätigkeit. Auf Anordnung Yeltsins wurde ein Rat für die Beratung kritischer Situation eingesetzt, dem zwei Akademiemitglieder angehören. Ich bin Vorsitzender dieses Rates. Wir entwickeln Ratschläge. Die Fragen kommen unmittelbar zu uns. In bezug auf Sicherheit wende ich meinen ganzen Professionalismus an. Wir beschäftigen uns mit Fragen der Weltraumforschung für die Sicherheit der Menschheit. Wer sind wir? Ich habe seit Ende der vierziger Jahre an kosmischer Forschung gearbeitet. Ausserdem war ich Dekan der Fakultät für Physik und Technik (Systemanalyse und -steuerung). Dort wurden Fachleute für die Raumfahrt ausgebildet. Es existiert ein informeller Kreis von Personen, welche die Fakultät abgeschlossen haben und gehobene Positionen erreicht haben. Ende der achtziger Jahre stellte sich die ernsthafte Frage, was weiter mit der Technologie geschehen soll. Wir nahmen Kontakte mit unseren amerikanischen Kollegen auf. Das relevante Wissen [in diesem Bereich] ist auf zwei Gruppen von Wissenschaftern und Technikern in Russland und Amerika beschränkt. Wir stellten die Frage, ob die Kollegen bereit sind, ein künftiges System zu entwickeln. Es ging darum, die Möglichkeit eines internationalen Nuklearkrieges auszuschliessen. 1983 hat meine Gruppe alle möglichen Folgen eines Nuklearkrieges (nukleare Nacht, nuklearer Winter) erforscht. Kein Staat könnte rational einen Nuklearkrieg beginnen. Aber es besteht die Möglichkeit eines irrationalen Schlagabtauschs. Es ist nicht kompliziert, eine Nuklearrakete zu bauen und nach London oder New York starten zu lassen. Die ganze Menschheit sollte ein "Polizeisystem" zur Verhinderung terroristischer Akte verfügen. Wir haben vorgeschlagen, zwei Systeme zu benützen: unser System [russisches ABM-System] und "brilliant pebbles". Die amerikanischen Kollegen waren zu einem Gespräch auf dieser Basis nicht bereit. Die Gefahr für die Menschheit geht nicht nur von den Atommächten aus. Ebenso wichtig ist der Umweltschutz. Wir schlagen deshalb ein weltraumgestütztes System zur Kontrolle der Erdoberfläche vor. Wir haben begonnen, mit der Rand Corporation und dem Hudson Institute ernsthafte Gespräche darüber zu führen. Einer meiner Kollegen, Prof. Vitaly Tsygichko, ist gegenwärtig in den USA, um das zu besprechen. Es besteht ein gutes Klima für Fortschritt in dieser Hinsicht. Es sollte aber nicht ein rein russisch-amerikanisches System werden. Was sollte man tun? Man sollte ein Seminar für Fachleute (ohne Presse) organisieren, um zu erkennen, was überhaupt machbar ist. Das sollte optimalerweise in Westeuropa stattfinden, nicht in Russland oder in den USA.

Catrina: Russland und die USA haben Aufklärungssatelliten. Sehen Sie für das von Ihnen vorgeschlagene System neue Satelliten vor oder bloss eine neue Organisation, welche Zugang zu den Daten der bestehenden Satelliten erhalten würde?

Moiseyev: Russland und die USA haben genügend Satelliten für ein solches System. Eine Variante des künftigen Systems sieht keine neue Technik vor. Es stellt sich die Frage, wie die Arbeit organisiert, was beobachtet, was gemessen, wie die Information verarbeitet und in welcher Form sie veröffentlicht werden soll. Es braucht ein internationales wissenschaftliches Kollektiv, um das abzuklären. Ziel ist die Bildung eines internationalen Konsortiums. Es soll am Schluss nicht ein reines Kontrollsystem sein.

Catrina: Was soll der Zweck des Systems sein, Frühwarnung oder stärkere Bewusstmachung der Probleme?

Moiseyev: Betrachten wir einige Funktionen:

1. Umwelt-Monitoring: Heute kommt nur 4% der relevanten Information aus dem Weltall. Heute gibt es nur Einzelaufnahmen, die kostspielig sind. Wenn das auf eine kontinuierliche Basis gestellt würde, dann wäre es weniger kostspielig.
2. Was passiert auf der Welt als Konsequenz menschlicher Tätigkeit? Hier kommt die Sicherheitspolitik hinein. Wir können heute praktisch jede beliebige menschliche Tätigkeit überwachen.
3. Telekommunikation: Dieses System würde auch für Telekommunikation verwendet werden können.

Winkler: Wie war die Reaktion in den USA auf Ihren Vorschlag?

Moiseyev: Wir hatten eine grundsätzliche Diskussion über ein System ohne Fähigkeit zur Raketenabwehr.

Div Geiger: Könnten sich beim angestrebten System auch kleineren Staaten einmieten, z.B. bei der Raketenabwehr?

Moiseyev: Dies sollte nicht nur ein politisches, sondern ein kommerzielles System werden, bei dem Staaten Anteile erwerben können.

Grossen: Was ist unter der von Ihnen erwähnten "Polizeikontrolle" zu verstehen?

Moiseyev: Irak hatte ein Programm zur Entwicklung von Nuklearwaffen. Wenn wir [das aus dem Weltraum] beobachten könnten, hätten wir das gewusst. Ich habe zu Beginn [meiner Präsentation] auch die Möglichkeit erwähnt, Raketenabwehrsysteme gegen Raketen einzusetzen, die ohne Autorisierung abgeschossen werden.

Winkler: Glauben Sie, dass die GUS bereit ist, ihre Technologie international [für ein solches System] zur Verfügung zu stellen?

Moiseyev: In einer ersten Etappe könnten wir Technologie verwenden, die wir und die USA kennen. [Das braucht keine Spitzentechnologie.] Falls ein Konsortium gebildet würde, würden die Mitglieder schon wissen, wie sie das System vervollkommen können. In dieser Phase könnte sich diese Frage stellen. Das Konsortium sollte offen sein für Staaten und Private, wobei die Staaten vielleicht die Hauptinvestoren sein könnten.

Winkler: Welches ist der Status dieses Programmes? Hat es Gespräche gegeben, liegen aber noch keine Beschlüsse vor?

Moiseyev: Zurzeit ist die Frage vordringlich, wer der Gastgeber für das erwähnte Seminar sein könnte. Die amerikanischen Kollegen meinen, Deutschland sei besonders geeignet. Es ist unklar, ob die Gespräche mit Albrecht C. von Müller [Direktor des European Center for International Security, Feldafing am Starnberger See] schon begonnen haben.

[Ende des Gespräches mit Moiseyev. Das Gespräch mit Solotukhin über die russischen Truppen im Baltikum wird fortgesetzt.]

Solotukhin: Es gibt verschiedene Interessen in den baltischen Staaten. Die Politiker wollen einen frühen Rückzug der "Truppen aus einem fremden Staat", weil sie einen möglichen politischen Wandel in Russland befürchten. Wir verstehen das sehr gut. Es gibt aber auf der anderen Seite auch die Interessen des russischen Staates. Der Rückzug könnte ein weiteres Element der Instabilisierung bringen (fehlende Arbeitsplätze und Wohnungen). Das wird zum Teil von Politikern in Russland bereits argumentativ verwendet. Der Rückzug aus dem Baltikum könnte der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt. Eine Verwirklichung der baltischen Vorschläge, die Truppen bis Ende 1992 zurückzuziehen, wäre darum nicht gut.

Catrina: Erwarten Sie, dass der Westen, z.B. via NACC, auf die baltischen Staaten Einfluss nehmen wird?

Solotukhin: Viele haben ein neues europäisches Sicherheitssystem vorgeschlagen. Dieses neue System sollte meiner Meinung nach nicht auf alten Systemen basieren.

Winkler: Wie könnte der Westen beim Rückzug der Truppen helfen? Wäre eine ähnliche Unterstützung, wie sie Deutschland für den Rückzug der WGT leistet, nützlich.

Solotukhin: Dies könnte ein Verhandlungsgegenstand sein. Wenn wir die Sicherheitsprobleme der Schweiz betrachten, könnte die Schweiz vielleicht Mittel finden, um uns helfen zu können.

Winkler: Wie hoch würden Sie den Mittelbedarf ansetzen?

Solotukhin: Im Fall der Bundesrepublik Deutschland sind es rund 12 Mia. DM; ein grosser Teil der Kosten wurde [darüber hinaus] von Russland übernommen.

Winkler: Wäre 1 Mia. DM für den Rückzug aus dem Baltikum eine realistische Grösse?

Solotukhin: Ich kann dazu nichts Konkretes sagen.

Matskovsky: Ich möchte hinzufügen, dass das [vom Westen zur Verfügung gestellte] Geld oft nicht effizient verwendet worden ist. Wir haben das mit der Rand Corp. besprochen. Der Westen sollte nicht nur an Geld denken, sondern auch Experten für die Verteilung der Gelder bereitstellen. Wir sollten wirkungsvolle Systeme zur Verteilung aufbauen. Man sollte nicht nur Häuser bauen, sondern Bautechnologie liefern. Ich habe mit vielen Fachleuten gesprochen. Sie sagten, Geld könnte beschafft werden, wenn garantiert sei, dass es richtig verwendet werde. Wenn Institutionen wie Rand Corp. dies garantieren könnten, könnten wir leichter Mittel erhalten (auch von privaten Stiftungen in den USA). Die Organisationen wollen aber eine Garantie über die richtige Verwendung der Mittel (z.B. für die Umschulung von Offizieren). Wir beschäftigen uns auch mit Fragen im Zusammenhang mit pensionierten Offizieren. Wir haben mit Rand ein Modell zur sozialen Hilfe für ehemalige Offiziere entwickelt. Wir haben auch Veteranen des Vietnam-Kriegs eingeladen, uns ihre Erfahrungen zu vermitteln.

Solotukhin: Ich möchte zur Frage der russischen Truppen in den baltischen Staaten hinzufügen, dass man sich gut und freiwillig trennen sollte. Die Deutschen haben alles getan, damit die Russen das Land mit gutem Herzen verlassen. Im Baltikum sehen wir aber bösen Willen und eine kurzsichtige Politik. Wir werden weiter Nachbarstaaten sein. Wir brauchen eine zivilisierte Lösung.

Avikhin: Zurzeit befinden sich 200,000 Offiziere ohne Wohnung in Russland. Ihre Versorgung ist nicht realistisch geregelt. Die Rente eines Obersten reicht nur für ein Paar Schuhe, und zwar solche nicht der besten Qualität. Dies gibt eine zusätzliche soziale Spannung.

Ambassador Yuri K. Nazarkin, Chief of the Arms Limitation and Disarmament Department, Russian Foreign Ministry

Ambassador Lem Masterkov, Deputy Chief of the Arms Limitation and Disarmament Department, Russian Foreign Ministry

Yuri P. Klyukin, Head, Nuclear and Space Arms Control Division, Arms Limitation and Disarmament Department, Russian Foreign Ministry

Mr. Bashkirov (CFE Specialist) and Mr. Ivanov (START Specialist), Arms Limitation and Disarmament Department, Russian Foreign Ministry

[Div Geiger and Winkler present the Swiss delegation]

Nazarkin: In the current Russian-American negotiations, we want to reach an agreement on further radical reductions of strategic offensive weapons. We expect results. Any further reduction would not mean to drop the START Treaty. This treaty is still as solid base for further reductions. It contains a good infrastructure (verification, conversion clauses, etc.). We should pursue the further reduction with START, but have in mind to change some additional figures. I expect the main outcome to be a so-called framework agreement containing principal parameters for reductions over the next seven years and beyond. This will be a purely bilateral agreement, because with the Lisbon agreement the Ukraine, Kazakhstan, and Belarus have become parties to the START Treaty and agreed to get rid of all strategic offensive weapons after seven years. Nevertheless we consulted them. (I went for that reason to Kiev.)

We have in mind to reduce the most destabilizing weapons systems (MIRVed ICBM). It is, of course, kind of a theological question what is destabilizing. I have often discussed that with my US counterparts. I have pointed out to them that MIRVed SLBM can be seen as even more destabilizing. But we need to take a pragmatic approach. A total ban [of MIRVed ICBM] would mean a dramatic change of the Russian arsenal, but not of the American one. We do not deny the need for a reduction in numbers, but this has to be done on a reciprocal level and linked to cuts in US SLBM. The SS-24 and SS-18 are mostly affected. I expect that the level of MIRVed ICBM will drop, but in combination with a reduction of the SLBM. As for the time frame, two stages are envisaged: seven years [the duration of the implementation of the START Treaty] and afterwards. We are in favour of more detailed parameters for the first phase.

Catrina: What has exactly been agreed in Lisbon with regard to the Ukraine, Belarus, and Kazakhstan?

Nazarkin: We regard all three of them as non-nuclear-weapons states even now. They have no control [over these weapons], in spite of some attempts, particularly by the Ukraine. Russia has the operative technical control. They attempted to get administrative control over two air bases [Uzin and Priluki]. The negotiations are still continuing, but we are close to a solution. Despite all of this, Shaposhnikov, Maksimov and Deynekin control the [strategic nuclear weapons] for the joint strategic forces. What is to happen with the ICBM and bombers on their territories? We cannot do anything against their will. After Lisbon the START Treaty is now quinquilateral. All launchers will be eliminated according to the START Treaty. How will they do that? The Ukraine would like to do it on its territory. Belarus would like the SS-25 to leave for Russia. Kazakhstan would prefer Russia to do the destruction. [They have on their territory ICBM and heavy bombers.] At Lisbon Kazakhstan took the obligation to eliminate the strategic weapons located on its territory in seven years. Belarus took the obligation to be free of nuclear weapons. Russia desires not to have any Russian strategic weapons located outside the Russian territory. Hence both desires happily met. This is true in principle also for the SS-24 [deployed in the Ukraine], (but they want to eliminate them under a new agreement).

Question: Do you expect the Ukraine to honour the Lisbon agreements?

Nazarkin: I consider the Lisbon agreements as being clear and binding. [For the hypothetical case that the Ukraine might want to retain the SS-24 but equip them with conventional warheads] the START Treaty does not distinguish between nuclear and conventional warheads. All warheads [deployed on the missiles covered by the treaty] are just assumed to be nuclear. [The 46 SS-24 deployed in the Ukraine] would be counted under the START Treaty even if they were not nuclear, as 460 nuclear warheads. From the point of view of the START Treaty the situation is totally clear.

Question: Would they remain under CIS or Russian command?

Nazarkin: The CIS is not identical with Russia. The Ukraine and Russia have an agreement reached on 30 December 1991 in Minsk under which the Ukraine has assumed the obligation to eliminate all strategic nuclear weapons until the end of 1994. Pacta sunt servanda. Russia referred to that in Lisbon in a letter. I had talks with them on that issue yesterday. The technical problems were put forward. But only Russia has the capability to dismantle nuclear warheads. It is also better from the NPT point of view that Russia does that. The destruction of nuclear warheads is a problem also for Russia. We are negotiating with the United States and France on that. There were also offers from Great Britain and Germany in this context. If the Ukraine would ask US experts for assistance in the elimination of nuclear weapons, this would not be a sin from the NPT point of view, but it would be dangerous because they do not know our little technical secrets. Russian specialists emphasize that only if you know all technical details you can dismantle nuclear warheads safely.

The START Treaty was in January presented to the parliament for ratification. The Lisbon agreements will also be presented to it. There were already a number of hearings in the Supreme Soviet. The main problem is the non-nuclear-weapons status of the three other states. As soon as they adhere to the NPT as non-nuclear-weapons states, there will not be any problems in the Russian parliament.

There is no property of the CIS, only control. Now all strategic offensive [nuclear] weapons are under [CIS Defence Minister] Shaposhnikov's command. If and when the three adhere to the NPT, there will be no change in that, there will just be an additional reassurance to the Supreme Soviet.

In the context of SDI, the main objective is to maintain the ABM Treaty in its current form. On 29 January 1992 President Yeltsin started with that, but then mentioned the possibility of negotiating with the United States on a joint and common defence. This was formulated somewhat ambiguously. We have in mind a joint early warning system. There is no need for any change in the ABM Treaty to accommodate that. We have radars. Some of them are outside of Russia, but we have concluded agreements with Latvia, Belarus, the Ukraine, Azerbaijan, Kyrgyzstan and Tajikistan some days ago covering radars and space assets. I do not exclude that there will be some sharing of technology. We already sold the Topaz reactor.

Question: Has the turbulence in the Russian-American relations caused by the sale of Russian cryogenic rocket engines to India been overcome entirely?

Nazarkin: We had an agreement to sell some engines. This does not relate to the defence area; they can be used only for peaceful purposes. They are, for one thing, too slow [for military applications]. Several days are needed to fuel them up. I know about the US propaganda campaign, but it was motivated by commercial reasons, trade competition. I know that some US companies were also engaged in negotiations with India.

Question: What about GPALS?

Nazarkin: The establishment of GPALS is ruled out by Russia. It would imply a drastic change of the ABM Treaty. We do not rule out some exploration on this, but we do not favour it. It should at any rate not be a bilateral enterprise, but open to all interested parties.

Question: Will Russia formally join the Missile Technology Control Regime?

Nazarkin: We are seriously thinking about joining it. In practice we are already observing it.

Dr. Sergei A. Karaganov, Deputy Director, Institute of Europe

Winkler [presents the Swiss delegation] How would you assess the current situation in Russia?

Karaganov: There is a host of different situations at the same time in Russia.

Winkler: What would you say about the political and economic situation? Not all people are liking the policies of Yegor Geidar. Nevertheless he has been appointed Prime Minister. Do you think that will improve the prospect of meeting the IMF requirements?

Karaganov: I am more optimistic than many other people. We are living through a crisis. The lowest point has not yet been reached. There will be a partial backlash against reform. There is a possibility that elements of military rule will be introduced. We are moving in the direction of a mild authoritarian regime. I do not see a tremendous danger of Russia becoming an authoritarian state. These people are rather technocrats, wanting to adapt the revolution to their objectives. People like Volski and Khizha may be here for six months. You can notice the backlash everywhere, including the economy and the military. But the question is how far it will go. Will it result in centrist policies? It is clear to everybody here that an IMF-type reform is a non-starter. This is by now clear even to President Bush. Toward the end of this year, the situation may again deteriorate. Then in the next year, possibly already during the winter 1992/93, the situation could become critical. But there is not much fear at present. The neofascists cannot physically bring down the government, even though the government is totally, absolutely unable to meet the needs of the people. It is desperately inadequate, it cannot run things. Geidar is a brilliant person in macro-economics, but below him, people are unable and incredibly corrupt. The population has so far been surprisingly able to adapt. It was kind of a wrong axiom that Russians cannot adapt. They have tired of revolutions, which is a good thing. Only at the very fringes is the situation different. I do not think we are [currently] in deep trouble.

Winkler: How is the relationship between the Ukraine and Russia going to develop?

Karaganov: It has been deteriorating rapidly. But now, Kravchuk has having second thoughts. He is one of the greatest opportunists. When he feels that he has gone too far, he tries to build bridges with the Russian population. Basically, we are in for a period of some tension [with the Ukraine]. The Ukrainians make a good scapegoat for Russian politicians, and vice versa. And this is even more the case in the Ukraine. IMF experts have assessed the economic situation in the Ukraine as terrible, even worse than here in Russia. The Ukraine is more radical than Russia.

Winkler: Has the trade between the Ukraine and Russia collapsed?

Karaganov: No, but it has decreased.

Div Geiger: The Baltic states have asked a number of Western states, including Switzerland, for advice and assistance in building up their armed forces. Would such advice or assistance in your view be useful?

Karaganov: This would depend on the type of advice and assistance. The Ukrainian strategy has been a caricature of France. If you give sound advice on security issues, fine. Purely defence issues should [not be part of such advice and assistance]. But generally Swiss international efforts [in this direction] would be positive, especially if they would push the Baltic states toward a more reasonable stance.

Winkler: Is this position shared by the Russian government and military?

Karaganov: By the government probably yes. The military would be against it, but it would certainly prefer Swiss assistance to the Baltic states to NATO assistance. People in Latvia boasted about having met [NATO Secretary-General] Wörner, but they did not get a commitment by NATO. Give them a reasonable security policy because the Baltic states are really indefensible, militarily speaking.

Winkler: How do you see the dilemma of the Russian troops deployed in the Baltic states [withdrawal pressure from the Baltic states and population, cost and social risks of withdrawal]?

Karaganov: I see two possibilities:

1. Pressures from the Baltic states get too rough and the troops start rioting. The discipline there is very bad. Nobody has been prosecuted for selling weapons.
2. Lithuania is the most stable of the Baltic states. In Latvia and Estonia the situation is more difficult due to the citizenship laws. By the end of this year, they will elect an ethnically [more one-sided] and more radical parliament. The Russian population will be started to be pushed out. A series of small incidents will start, sucking in more and more. I say that this will happen if the minorities are being pushed to the wall.

Pitteloud: Would the Russian government and military take part in such a dispute?

Karaganov: The military would. But how should the question be settled? There is no room for a reasonable solution. For this reasons I am concerned about the forces deployed in the Baltic states.

Winkler: Do you think there is a risk of warlording? And how great is it? To what extent is somebody like General Makashov gaining influence?

Karaganov: If the government would be entirely unable to stop the disintegration, this could happen in about two years. But basically there is in the short term a very small chance of having any specific war. But in the long term there is a high risk of having wars. But this is not inevitable. By virtue of diplomacy we have already avoided some risks, e.g. the withdrawal of tactical nuclear weapons. I am reasonable certain that there will be conflicts involving Russia in my lifetime.

Grossen: What are in your view at present the main objectives of arms control?

Karaganov: I would kill arms control. It has become a risk. It is dangerous. The old arms control is dead. The CFE Treaty creates more problems than it solves. The governments may be unable to implement it. There is nevertheless the necessity to ratify the CFE Treaty to create stability and transparency. But regional arms control is not feasible in our area.

Winkler: Is the commitment that no borders will be changed linked to Ukraine remaining in the CIS? What if the Ukraine should leave the CIS?

Karaganov: The CIS was an unbelievable blunder. It was used for the purposes of people like [Vice Prime Minister] Gennady Burbulis. Now the Yeltsin government is clinging desperately to the concept of the CIS, trying to save the remains of the Union. Now the border issue is kept in the air. This is dangerous. Nobody wants seriously to take part of the Ukraine back to Russia. But this is part of the game that is being played. Another issue is Ossetia.

Winkler: Could Ossetia create a precedent for other places?

Karaganov: The Russian government has issued a declaration that a genocide is taking place there. We have already broken the rules created over the past decades, e.g., in the Baltics and in Yugoslavia.

Winkler: How is the situation in former Yugoslavia perceived here? In the US Congress, members asked for US intervention in former Yugoslavia, e.g., a naval blockade.

Karaganov: The Russian government has been reluctant already when the embargo was imposed by the UN Security Council. It went along in order not to be isolated. But the move was controversial. It is unclear who started the war. I do not think it will be possible to construct a reliable coalition such as for the Gulf War.

Winkler: How do you assess the break-up of the CSFR in terms of causing Hungary to change its policy regarding the Hungarian minority in Slovakia?

Karaganov: Only Hungary is in Central and Eastern Europe more or less economically OK. We have to prepare ourselves for years of turmoil.

Div Geiger: How do you judge the development of a model for common security in Europe? Has it a future?

Karaganov: One year ago, I might have argued not to make the EC too strong militarily, but to keep the balance with NATO. Now we need a strong Europe. We have to rely more on NATO. The CSCE received blows in Paris, as its jobs have been limited, and by the enlargement. In this situation NATO is more useful. The NACC is not a perfect mechanism, but it creates a "club". If we want to prevent Europe from slipping back to the 16th or 17th century, we have to have all kinds of instruments. NATO is the most usable mechanism, we have to use it.

Winkler: Albania has been accepted as member of the NACC, and Finland as observer. Should the neutral and nonaligned states generally join the NACC?

Karaganov: This is basically true. Basically the NACC is a consultative mechanism without membership. But if a membership is established, the N+N should be in. Switzerland has much to offer. If we move forward with bean counting, with regional arms control, we will have difficulties. Arms control has become a killer of détente. The concepts of the balance of forces, and parity, were nonsense. I am, however, in favour of transparency and measures to improve verification.

**Rear-Admiral (ret.) Vladimir Semenovich Pirumov, Chairman of the Sector
"Geopolitics and Security" of the Russian Academy of Natural Sciences**

Captain First Rank Victor Alexandrovich Galkovsky, Editor, Voyennaya Mysl

Pirumov: In unseren akademischen Strukturen ist die Sektion "Geopolitik und Sicherheit" erst in Entwicklung begriffen. Diese Begriffe waren in der Vergangenheit deformiert. "Sicherheitspolitik" wurde als KGB verstanden, "Geopolitik" als Teil des Imperialismus. Die Sektion wurde mit Mühe gebildet, und es gibt nach wie vor Widerstände. Wir können aber jetzt sagen, dass wir 109 Mitglieder in dieser Sektion haben, darunter zwei Ausländer (Ezer Weizman, Eric Gros). Zur Sektion gehören 100 Doktoren der Wissenschaft (Wirtschaft, Technik, Militär, Physik, Geschichte, Medizin). Damit haben wir die Möglichkeit, Probleme aus allen Richtungen zu betrachten. Zudem haben wir 81 Professoren (von verschiedenen Militärakademien, und auch aus der Rüstungsindustrie), 16 "verdiente Diener der Wissenschaft", 23 Laureaten der Lenin- und anderer staatlicher Akademien. Es gibt vier Abteilungen:

1. Internationale und nationale Sicherheit (Sektion für Politologie), primär das Institut für internationale Beziehungen, Politologen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurde bereits eine Konferenz organisiert (im Februar 1991), die sehr erfolgreich war. Alle russischen Parteien waren da, und die Kirche - ein breites Spektrum. Es wurden auch einige Bücher publiziert, die ein breites Meinungsspektrum reflektieren.
2. Militärische Sicherheit und Verteidigung. Dies ist eine rein militärische Sektion. Es geht vor allem um die Militärtheorie, um Konversion, und militärischen Umweltschutz. Wir befanden uns nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Belagerungszustand. Nun ist eine neue Doktrin notwendig. Welche und wieviele Kräfte brauchen wir? Konversion, in der Militärindustrie und in der Armee, aber auch Konversion der menschlichen Seelen. Manche Offiziere sind von dieser Lage und der Notwendigkeit, sich umzuschulen, verblüfft und finden sich im Zivilleben nicht zurecht. Sie müssen zu gesellschaftlich nützlichen Menschen werden. Wir haben uns zu einer neuen Doktrin entschlossen. Darüber haben wir eine Konferenz durchgeführt. Vom akademischen Standpunkt aus fällt es uns leichter, unsere Meinung unabhängig vom Verteidigungsministerium zu vertreten. Es sind erstmals alternative Meinungen vorhanden. Ich habe schon gegenüber US-Kollegen (Rand Corp.) die Meinung vertreten, dass wir in der Ost-West-Konfrontation viel aus den Augen verloren hätten, nämlich vor allem die Nord-Süd-Achse. Der heutige Zerfall der Sowjetunion kann nicht nur unser Verhältnis verändern, sondern hat geopolitische Konsequenzen, besonders mit Blick auf den Islam. Unsere Armee soll letztlich eine Berufarmee sein. Nach dem Golfkrieg sollte die Armee zwei Teile umfassen:
 - a) Kräfte sollten interregionalen Charakter haben und der zentralen Führung unterstehen, um Leute wie Saddam Hussein zur Reason zu bringen.
 - b) Kräfte zur Stabilisierung, wie Weltraumaufklärung etc., die den globalen technischen Kräften zugeordnet werden sollten, da selbst die US diese Aufgabe nicht allein bestreiten. Dies sollte allen Staaten offenstehen, die dann Informationen beziehen könnten.

Auf Regierungsebene braucht es zudem Streitkräfte für innere Ordnung, für solche Brände wie im Kaukasus, in Moldova. Wir haben sogar unseren eigenen kleinen Saddam Hussein. [General Dudayev in Chechen-Ingush ASSR.] Wir müssen gemeinsam über die Frage der Beibehaltung des militärischen Potentials beraten. Ich habe meine Meinung dazu in einem Buch (Voyennaya Mysl 2/92) dargelegt.

3. Militärische Ökologie, Umweltschutz. Bei uns ist das eine sonderbare Sache. Wir haben beschlossen zu untersuchen, was die Streitkräfte mit der Umwelt anrichten, z.B. in Kapustin Yar (gemeinsame Studie mit deutschen Experten). Auch Umweltfragen im Zusammenhang mit Nuklearwaffen. Kernkraftwerke wären hier eine Grenzfrage. Sozialpolitische Fragen des Umweltschutzes sind auch ein Studienbereich. Wir haben ein ganzes Meer - den Aral-See - vernichtet. Wir haben im ganzen Land eine angespannte ökologische Lage. Vielfach ist das auch ein Mentalitätsproblem.

4. Militärgeschichte: Ich habe eine persönliche Vorliebe für neue Forschungsmethoden der Militärgeschichte. Ein Band wird bald erscheinen, der erstmals ausschliesslich auf Archiven und Dokumenten beruhen wird. Der Name der Serie lautet "Die Lehre der Vergangenheit zugunsten der Zukunft". Wir müssen die Vergangenheit so untersuchen, wie sie war, egal welchen Schmerz wir dabei empfinden.

Wir sind bereit, mit dem Ausland zusammenzuarbeiten. Man arbeitet in zahlreichen Bereichen international eng zusammen, aber bisher noch nicht hier. Ich habe amerikanischen Kollegen vorgeschlagen, stufenweise vorzugehen. Als gemeinsames Thema habe ich "Lehren aus dem Kalten Krieg" vorgeschlagen. Man kann vielleicht in der Physik noch nicht eng zusammenarbeiten, aber hier sollte man es tun. Dann kann man vieles klären. Wir verhandeln über die Schaffung eines runden Tisches, wo man auch Prinzipien der akademischen Zusammenarbeit erarbeiten könnte. Die Akademie ist dafür geeignet, da sie keine Regierungsstelle ist, aber auf Kontraktbasis für das Verteidigungsministerium arbeitet. Wir haben Experten in 22 Forschungsprojekten, und führen Verhandlungen über Aufnahme in UNITAR und UNESCO, um auch an deren Forschungswerk teilzunehmen. Wir wären auch an Zusammenarbeit mit der Schweiz interessiert.

[Winkler stellt seinen Aufgabenkreis dar. Pirumov erkundigt sich nach der Zukunft der Neutralität. Er wäre daran interessiert, ob ein Schweizer Verlag an einem der Bücher der Sektion interessiert sein könnte.]

Pirumov: Sie haben recht, wenn Sie ein Fragezeichen hinter einer stabilen europäischen Sicherheitsordnung setzen. Noch unsere Enkel werden daran zu arbeiten haben. Wir müssen die Frage aber angehen.

Bei der Umschulung von Offizieren gibt es verschiedene Probleme. Das Hauptproblem ist, dass wir wohl eine Klasse in einem schönen Klassenzimmer organisieren können und ihr zeigen können, wie man Farmer wird. Das ist aber bloss Theorie. Die Lage im Dorf wird dann ganz anders sein. Vielleicht müssten wir Offiziersdörfer mit Rundumverteidigung organisieren.

Dr. Mark Andreyevich Khroustalev, Director, Center of International Studies, Moscow State Institute for International Relations (MGIMO)

Dr. Andrei Vladimirovich Zagorski, Deputy Director, Center of International Studies, Moscow State Institute for International Relations (MGIMO)

Third, unnamed person, from the Center

[Khroustalev and Winkler agree that MGIMO would receive a Swiss Ph.D. student for a stay of about one year, in the same way as other institutions do. Switzerland would assume all costs associated with this stay and give the MGIMO about SF 10,000.00 for overhead costs. Dr. Winkler will send a corresponding letter to the MGIMO.]

Div Geiger: [presents the Swiss delegation]

Khroustalev: The MGIMO is separate from the University. It has four faculties:

- Foreign relations: preparation of staff for the Ministry of Foreign Affairs and other ministries or departments, such as the former KGB.
- International economic cooperation: preparation of staff for the Ministry of Foreign Trade and other related ministries.
- International law.
- International information: preparation of journalists and public relations officers; this is a rather small faculty.

Our Center was a closed one until the end of 1991. It prepared special reports for the Ministry of Foreign Affairs, the Ministry of Defence, and others. Now we have become open. Our main field of scientific study is internal and international conflict, and stability. We deal also with regions such as Iran, and South Africa, and with negotiations, strategic, studies, and arms control. The main force is the political psychology, and the decision-making process.

[*Third person present*]: In addition to these broad subject, we have also more narrow subjects, such as "International stability on a world scale", and "The national interests of Russia in a changing world". We engage also a bit in global modelling. We are not trying to predict what will happen globally, but we think which concept will take shape, whether bi-polar, multi-polar, uni-polar, or regional.

Khroustalev: [takes the list of subjects from the safe and reads:] We have subjects like "The economic effectiveness of foreign policy", "Foreign policy and internal reforms", "The new foreign policy of Russia", "The future of the CIS", "Territorial conflict within the CIS", "The foreign policy of a changing state", "The Non-Proliferation Treaty and the 1995 Review Conference", and "The Russian style of negotiations".

Div Geiger: Are the results of these projects being published?

Khroustalev: We were closed until the end of 1991. Now we could publish, but we have not yet the capability of printing (lack of paper, machines, and money).

Winkler: Many of your subjects are of immediate interest. Would it be possible for us to get copies of the reports, e.g., through the Defence Attaché? By the way, did your paper on "Modelling of International Relations" also bring you in contact with Prof. Luterbacher of Geneva?

Khroustalev: Yes, we had contacts with Prof. Luterbacher, and also with Prof. Allan.

Winkler: Having part of what you produce would facilitate our contacts. How do you look at the internal situation in Russia, particularly in light of the Bush - Yeltsin meeting?

Zagorski: The discussion in Washington was concluded in a satisfactory way. It was an agreement covering all heavy missiles, and I believe all MIRVed missiles, and the SLBMs were also included to a certain extent. If it would involve only giving up all MIRVed ICBM, it would weaken Yeltsin. Then one might well say that Bush is the President of Russia. Some aspects of the START-II Treaty are important in Russia for domestic politics.

Winkler: To whom is this important?

Zagorski: Fortunately, Bush did not link the issue of the strategic offensive arms to the loan of \$ 24 billion (from the IMF). Giving away too much ground would have been very dangerous. Some people might have said: "It is not Yeltsin only who is President of Russia, but also Bush." In a larger sense, there is a growing debate on Russian foreign relations: What should be the main focus, the United States, or Western Europe and Japan. We cannot neglect the so-called patriotic circles (including former communists, nationalists, increasingly also joined by intelligent people). The debate is pursued strongly. Even within the government there are different positions. For instance, [Vice-President] Rutskoy could be called to pursue a nationalistic line. It is not just a question of heavy missiles. The debate included the question whether to join the embargo against Serbia. Pan-Slavic sentiments came to the fore. Another issue is the sale of cryogenic rocket engines to India. This was a violation of domestic [Russian] law. The basic question is whether to go with the West or with the South.

[Third person present:] The question of the Northern Territories will come up as a burning potato when Yeltsin will visit Japan. The Japanese had the hardest time when we talked about this issue. It is a difficult issue to Japan, but it is also a contentious issue here between liberals and "patriots". The first one want Russia to give back the islands to Japan without conditions, the second ones want the islands never to be given back. An important question, in a larger sense, is whether Russia should try to go it alone or integrate itself internationally. For the time being, we have just one superpower left [the USA]. The idea is being circulated that this superpower should be balanced by a coalition among Russia, Japan, and perhaps also India.

Winkler: Is there a feeling in Russia that the West, after having won the Cold War, is now trying to destroy Russia altogether?

Zagorski: This feeling is indeed growing here.

Winkler: Is the feeling of having sold out to the West also directed against Gorbachev, e.g. in connection with the successful fund-raising in the United States or his institute?

Answer: Yes. This is part of a dualistic concept. People are so used to dualistic thinking that they feel a need for counterbalancing the United States, if necessary by a coalition between Russia and Third World countries.

Winkler: Is this a feeling mainly confined to Russia, or does it also exist in Central Asia?

Zagorski: It is evident mostly in Russia. The sale of the cryogenic engines to India is only one of several similar issues. It could have been blocked, but the relevant office was not even asked. These days, those who want to export [sensitive items] go directly to a higher level of decision-making and thus outma-

noeuvre the responsible offices. The military-industrial complex has gained in strength. It is unclear whether [acting Prime Minister] Geidar can block virtually dozens of planned transactions.

Winkler: What should the West do?

Zagorski: The West should assist Russia in the conversion of the military-industrial complex. There is no industry beyond this complex. 66% of the machine-building industry, and 80% of the chemical industry are in the military-industrial complex. The US reaction to impose sanctions [in response to the sale of cryogenic engines to India] was ill-advised. One should expand direct contacts, engage in concrete projects, not try to work through the [Russian] government and just draw up plans. The Western economic situation is not particularly favourable for investment in Russia. There is a great deal of protectionism. We have substantial know-how, e.g., in the field of nuclear power. The West has to be ready to give Russia a share of the international market.

Winkler: Is there resentment here about the United States buying up cheaply advanced technology developed in Russia?

Answer: The Topaz [nuclear reactor] deal was just highway robbery. It was not an equitable deal. Russia should not rely on the United States as the single buyer, but also go to other states, though not necessarily to states like Syria and Libya.

Winkler: [explains why the MIG-29 did not come into the final evaluation in Switzerland, e.g., because of the need to set up parallel logistics system]

Catrina: The prevention of the sale of certain technologies to the Third World is not just in the Western interest, but also in that of Russia.

Grossen: What do you expect of the NACC and CSCE summit?

Zagorski: We do not mind any institution taking over the job. The government is trying to be pragmatic, which in effect means no strategy at all, but dealing with the issues as they come up, day-by-day. We ruined our relations with the Baltic states because we were not able to involve European institutions in the debate.

[*Third person present:*] The European security architecture will be pluralistic, not just consist of one superstructure. There are diverging interests in Europe, in particular between France and Great Britain. We have spoilt the potential [of the CSCE and NACC] by admitting the Central Asian states into these institutions. Russia is interested in remaining a European nation.

Generalleutnant Fyodor Ladygin, Chef der Abteilung für Rüstungskontrolle Generalstab

[Div Geiger stellt die Delegation vor, Winkler erklärt den Zweck des Besuches.]

Ladygin: Wir erleben einen seltsamen Augenblick. Man weiss oft nicht, was in der nächsten Stunde passieren wird. Ich vertrete in diesem Gespräch den 1. Stellvertretenden Verteidigungsminister Andrey A. Kokoshin, der im Ausland weilt, und seine herzlichen Grüsse übermitteln lässt. Ich vertrete auch den Generalstab und bin mit allen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vertraut.

Div Geiger: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige strategische Lage?

Ladygin: Wenn man über die globale Lage spricht, dann ist festzuhalten, dass ein grosser Wandel stattfindet, im politischen wie auch im militärischen Bereich. Dies ermöglicht uns, die strategische Lage positiv einzuschätzen. Wir haben Hoffnung für die Zukunft. Alles wird beeinflusst durch positiven Wandel in Europa. Wenn man die militärische Sicherheit betrachtet, so ist aus der Sicht Russlands die Gefahr eines grossen Nuklearkriegs oder eines begrenzten Krieges sehr gering. Sie besteht gegenwärtig praktisch nicht mehr. Wir werden die positiven Änderungen weiter vorantreiben, was die Stabilität in Europa weiter stärken wird. Aber leider gewinnen negative Ereignisse und Faktoren auch wieder an Gewicht, vor allem lokale Konflikte ethnischen und nationalistischen Charakters. Wir sehen in diesen Tendenzen eine Gefahr, auch wegen dem Versuch, nationale Grenzen zu verändern, auch in Europa, auch auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Damit wir diese negativen Tendenzen verhindern können, brauchen wir internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit allen europäischen Nationen. Es gibt Gründe für lokale Konflikte leider auch ausserhalb Europas. Europa kann diesen nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern muss mit geeinten Kräften dieser Gefahr begegnen. Ich möchte hinzufügen, dass ich die Lage nicht durch die schwarze Brille sehe. Es gibt gerade heute auch neue positive Ansätze. Es gibt

keine einzelne Methode, um die Gefahr abzuwenden. Alle Instrumente werden benötigt. Wenn wir davon ausgehen, was ist Ihre Lagebeurteilung?

Div Geiger [stellt die Lagebeurteilung dar].

Catrina: Die Lage in Russland selbst ist ein wichtiger Faktor der europäischen Sicherheit und Stabilität. Und in Russland sind die Streitkräfte ein wichtiger Faktor. Wie beurteilen Sie die Lage und Stimmung der Streitkräfte?

Ladygin: Ich bin mit Ihnen einverstanden. Die Lage auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, und auch auf dem russischen Territorium, ist ein wichtiger Faktor für die Lage in Europa und darüber hinaus. Das versteht unsere politische und militärische Führung. Ungeachtet der Tatsache, dass wir eine schwierige Lage haben, tun sie alles, damit dies nicht die Lage ausserhalb Russland beeinflusst. Alle Massnahmen dienen der Stabilitätssicherung. Zur Lage der Armee: Sowohl unsere Gesellschaft als auch die Armee durchlaufen eine schwierige Phase. Sie müssen viele Fragen beantworten, insbesondere jene des Schicksals des Einzelnen. Dies sind nicht nur Bürger, sondern bewaffnete Bürger des Landes. Daher machen Jeltsin und die Regierung alles, was in ihren Kräften steht, um die Lage des Menschen mit Gewehr zu verbessern. Die Lage und Situation in der Armee wird durch Jeltsin, durch die Regierung und durch den Verteidigungsminister kontrolliert. Ich kann 100% Verantwortung für das Gesagte übernehmen. Vor kurzem fand hier in Moskau eine Vollversammlung der Offiziere statt, die dies bestätigte. Einzelne Truppenteile sind aber in einer sehr schwierigen Lage. Es gibt auch Fälle von russischen Truppen in Ländern, die nicht mehr zu Russland gehören, die Opfer von Provokationen sind. Auf einem Flugplatz in Aserbeidschan haben z.B. bewaffnete Banditen unsere Offiziere daran gehindert, die militärische Ausrüstung nach Russland zu fliegen. Die Flugzeuge, welche die Ausrüstung und die Familien ausfliegen sollten, wurden mit Sand gefüllt. Aber die Streitkräfte lassen sich nicht provozieren. Ähnliche Handlungen gibt es auch im Baltikum. Meine persönliche Meinung hierzu: Ich bin verblüfft über die Handlungen der baltischen Politiker. Die Truppen, die dort stationiert sind, gehörten einst zur Sowjetunion, zu der auch die baltischen Republiken gehörten. Wenn Russland darauf verzichtet hätte, diese Truppen unter seine Kontrolle zu nehmen, wären sie von anderen Republiken übernommen worden (Ukraine, Weissrussland). Was wäre geschehen, wenn niemand die Kontrolle übernommen hätte? Leider gibt es im Westen Staaten (nicht die Schweiz), welche für die Akte gegen unsere Truppen Verständnis aufbringen. Ich verstehe nicht das Drängen der baltischen Politiker auf einen schnellen Abzug. Zum Schluss möchte ich hinzufügen, dass die Situation in den Streitkräften von der Politik und vom Verteidigungsminister kontrolliert wird.

Grossen: Zwischen den Staaten der GUS sind die CFE-Quoten vereinbart worden. Wo stellen sich Probleme bei der Implementierung? Wie ist die Akzeptanz dieser Vereinbarungen in den Streitkräften?

Ladygin: Wenn ich im allgemeinen sprechen würde, so benehmen sich die Streitkräfte gemäss der Politik der entsprechenden Staaten. Wenn ich über einzelne Stimmungen in der Armee spreche, so natürlich auch über solche, die den Zerfall der Sowjetunion und der einheitlichen Streitkräfte bedauern. Es gibt unter den Offizieren auch solche, die fragen, warum wir überhaupt noch Truppen ausserhalb Russlands haben. Aber das sind radikale Meinungen, eher auf unterer Ebene. Sie reflektieren weder die Lage in den Streitkräften noch die Politik der russischen Regierung.

Pitteloud: Welches soll die Gestalt der künftigen russischen Streitkräfte sein? Inwieweit sollen dies eine Berufsarmee sein?

Ladygin: Das ist kein Geheimnis. Wir haben unlängst eine Konferenz zu Fragen der russischen Sicherheitspolitik abgehalten (und zwar auch zur Rolle der Streitkräfte). Dabei wurden Beschlüsse gefasst. Man muss dabei die sicherheitspolitische Lage und die militärtechnische Entwicklung berücksichtigen, ebenso wie die Tatsache, dass Russland nicht mehr die Sowjetunion ist, etwa bezüglich Territorium und demographischer Lage. Die Streitkräfte werden kleiner und kompakter sein, sowohl in bezug auf die Anzahl Soldaten als auch auf das Volumen an Material. Wir müssen über die notwendige Stärke verfügen, um Gefahren abzuwehren. Wir brauchen modernes Material und eine sehr hohe Mobilität, um eine schnelle Konzentration in verschiedene Richtungen zu ermöglichen (auch auf lokale Konflikte). Eine Berufsarmee, wie sie sich von selbst versteht. Wir sehen einen alternativen Dienste für Wehrpflichtige vor; aber ein Teil von ihnen soll weiterhin eingezogen werden. Wir werden 6-8 Jahre für die Umstellung benötigen. Wir werden zwar rasch, aber stufenweise vorgehen.

Winkler: Wie beurteilen Sie das Abkommen von Washington?

Ladygin: Ich würde gerne ein Urteil abgeben, kenne aber die Details selbst noch nicht. Aber wo liegen die Schwerpunkte? Ich möchte zum Anfang zurückgehen. Zurzeit besitzen die USA und Russland (zusammen mit allen anderen, wie der Ukraine, Belarus, und Kazachstan) je ca. 10'000 Sprengköpfe; die USA etwas

mehr, wir etwas weniger. Die USA haben 10'600 Sprengköpfe auf strategischen offensiven Systemen, die GUS ca 10'200 Sprengköpfe. Laut dem START-Vertrag soll diese Zahl auf je rund 6'000 verringert werden. Laut der Erklärung von Gorbachev vom 5. Oktober 1991 wird die GUS nur 5'000 Sprengköpfe haben. Aber das ist nur gültig für die Regelung (z.B. bomber counting rule). Die USA könnten faktisch mehr Sprengköpfe haben, rund 9'500. Nun kommt das Abkommen von Washington, um weitere radikale Reduktionen in zwei Etappen anzustreben. Die erste Etappe soll sieben Jahre dauern, sie ist identisch mit der Implementierungszeit für den START-Vertrag. Die USA und Russland würden bereits einen Teil ihrer Arsenale abbauen, d.h. je auf ihrem Territorium auf 3'800-4'250 Sprengköpfe. Dies liegt bedeutend niedriger als die START-Vereinbarungen. Unsere Einstellung besteht darin, dass Langstreckenbomber faktisch richtig gerechnet werden sollen. Es sollen nicht mehr die "anrechenbare", sondern die wirkliche Anzahl der Sprengköpfe gezählt werden. Dies sind die zwei wesentlichsten Änderungen. Die nächste Ergänzung, immer noch in der ersten Etappe, ist die Reduktion der ICBM mit Mehrfachsprengköpfen [MIRV] auf maximal 1'240 Sprengköpfe. Zudem wird es eine Reduktion schwerer ICBM geben [SS-18], auf maximal 600 Sprengköpfe, innerhalb des Limits auf 1'240 Sprengköpfe für MIRV-ICBM. Zum neuen Abkommen gehört zudem eine Verringerung der seegestützten Sprengköpfe. Es sollen nicht mehr als 2'000-2'250 Sprengköpfe aus SLBM disloziert werden. All dies soll bis zum Ende der ersten Etappe erreicht werden. Die zweite Etappe wird etwa drei Jahre Laufzeit haben. Ziel diese Etappe ist eine Verringerung auf je 3'000-3'500 Sprengköpfe auf dem Territorium der USA und Russlands. Darunter fällt auch die Elimination aller ICBM mit Mehrfachsprengköpfen. Das Niveau der Sprengköpfen auf SLBM wird weiter auf 1'700-1'750 Sprengköpfe abgesenkt werden. In diesem Rahmen werden beide Seiten frei sein, ihre Streitkräfte zu bestimmen und ihre Streitkräftestrukturen frei zu wählen. Wir müssen noch eine Reihe technischer Probleme und Fragen lösen, aber wir werden dieses Abkommen ohne Zweifel verwirklichen.

Frage: Wie sehen Sie die künftige europäische Sicherheitsstruktur?

Ladygin: Die KSZE soll über politische, diplomatische und wirtschaftliche Sanktionsmöglichkeiten verfügen, eventuell gar über militärische Mittel.

Dr. Sergei Blagovolin, Director, Center for National Security Studies, Institute for World Economy and International Relations (IMEMO)

Blagovolin: I am the Director of the Center for National Security Studies. This takes about 90% of my work time. We have close and friendly relations with IMEMO. Today I had a discussion with an adviser of [President of Kazakhstan] Nazarbayev. We have also since quite some time good relationships with Western institutions.

Div Geiger: [presents the Swiss delegation]

Winkler: [presents the SIPOLEX training programme, explains the purpose of the visit] Could you tell us how the establishment of your center came about?

Blagovolin: The idea was in the air. There was a need for flexible structures. Very large institutions are difficult to manage, and it is difficult to find new ideas in them. I and some colleagues were sick and tired of working under the supervision of somebody we did not like to work with. Among the founders of the Center are Academician Osipyan, Major-General (ret.) Nikita Chaldymov, Skryabin, Shlykhov, and Kunadze. We also were supported by the Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) and by some commercial establishments. The Olby [?] concern is one of our most important sponsors. We receive no money from the state or from the academic budget; we have only contracts. We have such contracts with the Presidency of the Russian Federation, with the Ministry of Foreign Affairs, and also with countries in Europe and Asia, now also in the United States (with the Carnegie Endowment for International Peace). The staff of the Center numbers now 10. We plan to enlarge the Center only slightly, perhaps to 12, or at most to 15. We are also inviting experts from the government (e.g., from the Ministry of Defence) to cooperate with us. We think that our expertise is at a high level and of high quality.

Winkler: Would it be possible for the Center to have a contract with the Swiss government?

Blagovolin: Of course. We have also contracts with South Korea, France, and Spain. As for the development in Russia, we have a political preference. We would like Russia to be integrated in the Western political, economic, and security structure. This is the only way for Russia to survive, to become a stable, if not a prosperous, country. But it will take time. This is the only precondition to help Russia to be again part of the civilization.

Div Geiger: Does the Center also publish?

Blagovolin: The study we wrote for South Korea is confidential since it concerns the re-unification, and the relationship of South Korea with Japan and China. The study we wrote for [acting Prime Minister] Yegor Geidar will be published in an abbreviated form.

Winkler: Where do you see the main challenges to the national security of Russia?

Blagovolin: These challenges come mainly from inside. As for the outside, there is no more a threat from the West at all. We may become partners, maybe even allies. But there is a threat from the South, not only for Russia, but also for Western Europe. It is difficult to be described in detail. Nuclear and missile proliferation is now out of control. Without being part of an international security structure Russia could not maintain its security. The USSR could do it, but it was an "offensive" security, but even the USSR could not do it alone. Cooperation of Russia with Europe and Japan is necessary.

Winkler: How would you describe the current relationship between Russia, the Ukraine, Belarus, and Kazakhstan?

Blagovolin: This is not a purely international problem. I think it will be possible to find a mutually satisfactory solution to the problems and disputes Russia has with the Ukraine. It is impossible for us to forget that we lived together over three centuries. There are numerous ties, and millions of mixed Russian-Ukrainian families. There is a real threat now, but not in the lay term. To some extent the same holds true also for Belarus and Kazakhstan. To me the fate of the Russian speakers is an important issue. They are in an unusual and uncomfortable position in their countries. If we could receive guarantees, they would feel more comfortable. I do not expect a threat from the Ukraine or Kazakhstan. About 50% of the population of Kazakhstan are Russians. The adviser to Nazarbayev agreed that there should be joint studies. In other Asian republics the situation is a bit more difficult. The rise of fundamentalist forces could lead to unpredictable consequences for the Russian-speaking population and for Russia itself. But overall, much of Russia's national security will depend on its relationship with the West. If Russia manages to be stable, no state in the South could be a real threat to our national security.

Grossen: How do you assess the Russian-American agreements on reductions of strategic nuclear arms?

Blagovolin: We should not forget that a protocol on GPALS has also been signed. This is very important. I am a long-standing advocate of Russian-Western cooperation in ballistic missile defence. The agreements are a real breakthrough, not only because of the reductions, but because if they are implemented they will lead to cooperation. Russian nuclear arms will not be directed against the United States, and vice versa. The same will hold true for France and the United Kingdom. Of importance are not just the reductions, but the new concept and understanding on GPALS. This way will lead to real interdependence.

Winkler: Does that mean that the ABM Treaty will have to be changed?

Blagovolin: Sure, I hope so. The ABM Treaty was signed in 1972, during a period of confrontation. Now the times have changed, and we have a different situation. I would hope to have a regional [missile] defence system in, say, ten years. This is important from a military and political point of view. It is necessary, and of vital importance for Russian integration in Western structures. It is also vitally important for the West. It is an important step in the building of a new relationship with the United States and the West in general. But we have many persons who do not want us to go ahead with the cooperation with the West. This could endanger the ratification of the Washington agreements. Kazakhstan wants to get rid of nuclear weapons.

Grossen: And what about the strategic nuclear weapons currently based in the Ukraine, Belarus, and Kazakhstan?

Blagovolin: The Ukraine promised to become a non-nuclear-weapons state within six, or even four years. I hope for permanent Western pressure on the Ukraine and Belarus. Then there will hardly be any real problem. I believe that Kazakhstan is ready to give up all nuclear weapons. But I cannot exclude that some democratically oriented forces will be against the agreed reductions in strategic offensive arms and cooperation in GPALS. I do not want to hear anymore about strategic stability. This concept has lost any meaning as we are trying to establish a new relationship with the West. Europe and the United States have among them some quarrels, but many shared values. This kind of relationship is our goal. Deterrence, and second-strike capabilities are obsolete concepts.

Catrina: What is the current role of the armed forces in Russia?

Blagovolin: I cannot agree with Yeltsin that the armed forces are a reasonable and constructive part of society. They are having a very hard time because they pay for past mistakes. I was the chairman of the first military reform committee about five years ago, that prepared proposals for Gorbachev. [Defence Minister] Grachev is not very popular among the old Generals. He is not a politician, thank God, we do not want a politician as Defence Minister. He has experience, he was in Afghanistan. He recognizes that Russia needs Western support. Grachev does however not recognize all problems. But he realized that it is impossible to continue with the line of the past decades. We can find much resistance by military commanders, particularly of the groups of troops based outside Russia. This resistance is fueled by social uncertainty. If we could return many of them to Russia, it would help to stabilize the situation. Nothing is excluded, such as a new military coup d'état, riots, large-scale strikes of important branches, such as the railroad or the oil production. But I do not think that if the preconditions are met the military will be a really destabilizing force. But the way, it was a very reasonable decision not to appoint a civilian as Defence Minister. For many years I have been an advocate of having a civilian Defence Minister. But now is not the right time. Grachev is a real Field General. This is needed now to keep control over the military. It is also useful, perhaps even necessary, that Grachev has no political ambitions. He is loyal to the President and government of Russia. This creates a window of opportunity, lasting perhaps 6-12 months, to achieve stability.

Pitteloud: What do you think about the possibility of warlording? Would it for instance be possible that the Far Eastern Military District could be ruled by military commanders?

Blagovolin: Yes, this is a possible scenario. But it would lead to the disintegration of Russia. If such a disintegration would occur, why should the Pacific Commander not do a thing like this?

Winkler: I have the impression that the economic change is at the same time too slow - in terms of privatization - and too fast (regarding hyper-inflation). Could there be riots? Will Geidar have to slow down the pace of reform?

Blagovolin: I do not think the government will slow down reforms, but it will have to find measures to ease the strain. Another problem is how to find a reasonable balance between too quick and too slow reform. I respect Geidar very much. He has his own ideas, and is very clever and smart. He understands perfectly the situation. It is important now to go ahead with the establishment of a market economy but at the same time be very cautious. I have contacts with people from the Warburg Bank. I have advised 26 governments. They think that deep reform in Russia is impossible, also due to the size of the country. Experts in the Russian government are trying to balance these things. But I am uncertain whether this will be possible. Structural assistance from the West is important, i.e. assistance to change our structures. There are many possibilities to create new jobs in the re-building of the infrastructure (e.g., roads, and telecommunications). Who will be against this Western assistance? I hope that it will have the support of 50% of the population. Otherwise there will be real trouble. The main question is what will come first, signs of stabilization, or signs of things falling apart. I was for a long time not an admirer of Yeltsin, but he did very well, also in the United States, in particular with respect to GPALS. Gorbachev was too indecisive. Sometimes problems were discussed for two weeks, but nothing was done. Nixon said of Gorbachev that he is more a talker than a doer. I am happy that Yeltsin becomes more of a doer.

Div Geiger: How would you assess the influence of Romania in Moldova?

Blagovolin: I am not a specialist, but I think that the Romanian influence is rather negative. The presence of the former Soviet Army could be a real powder keg. This has perhaps not been sufficiently realized by Romania. I have also argued with people in Lithuania not to be too much in a hurry [with the withdrawal of the Russian troops located there], not to set off the powder keg which would hurt both of us. The Russian-speaking population in Moldova does not want to become part of Romania. They want, by the way, not to become part of Russia, but of the Ukraine. The situation with the 14th Army, which is hated in Moldova, does exist. It is there, so it has to be taken into account. Moldova should try to understand their view. Russian-speaking minorities have legitimate rights.

Ednan T. Agaev, Advisor to the Minister of Foreign Affairs of Russia; Director, Directorate of Analysis and Forecasting, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation

[Catrina presents the delegation]

Agaev: My main task is to analyse the situation, to make forecasts. In fact, I am ghost-writing for many Russian leaders, including the Foreign Minister. We are also developing long-term concepts for Russian

foreign policy. The geographical departments deal with the day-to-day business; we do the longer-term perspectives, including the economic consequences of foreign policy decisions (a totally new thing I introduced). We also deal with national security policy. We did for instance a study on the role of the Islamic factor.

Winkler: How do you judge the speech that President Yeltsin held in the US Congress?

Agayev: It is difficult at this stage to make a final judgement. But it looks much more successful than expected - both in climate and content. But we should neither overestimate it. It is just a state visit, not a turning point in our economic life. Some newspapers are now expecting a flow of US investments [into Russia]. But we should have no illusions.

Catrina: What are the priorities in Russian foreign policy?

Agayev: The main priority, the geopolitical priority, is the CIS. It is "the priority of priorities". We are also spending in our department a lot of time on that; it is indeed one of the biggest tasks of the Foreign Ministry. We face totally new problems. One year ago, nobody would have thought that Nagorny-Karabakh would be a problem of foreign policy. We have not yet established embassies in all former republics of the USSR. We face financial problems, too. I can consider two models for the future of the CIS, the first similar to the EC, the second to NATO. If we could realize that, it would be a great success for Russian foreign policy. We aim for better relationships within the CIS. The future of the CIS will depend on whether it can really offer something the members are interested in. It has to be built on the balance of interests, not on a new form of the former Soviet Union in which all have to be members. In the Ukraine there is a great tendency to look at every declaration of Russia as an attempt to restore the old Soviet empire. This is a process, we have to be patient. All want the symbols of independent states (army, borders, airline). The concept of a unified army does no longer exist. This is not a tragedy, though.

Catrina: Do you anticipate changes of borders in the CIS?

Agayev: Our perception and wish is for permeability of borders. On the territory of the former Soviet Union (perhaps with the exception of the Baltics) there should be free circulation of goods, people, and capital. If this is not the case, it will be a psychological shock to many, for instance the Russians in the Ukraine. There is no need to reconsider the borders. Russia has been the first to recognize the Ukraine in its current borders. These borders cannot be changed, otherwise we risk to emulate the Yugoslav model. I hope that this will also stay that way if the Ukraine should leave the CIS.

Pitteloud: What is your view of the European security architecture, also in view of the events in former Yugoslavia?

Agayev: We support the idea of NATO being used as armed mechanism of European security. The CSCE failed in Yugoslavia because it had not armed mechanism. We need it. Why should we not use NATO? The best would be a proper CSCE mechanism. But we would need time, and there is no political will for that. It failed in Yugoslavia because it was not willing to risk lives, and then it still has no mechanism. I know that France does not like this use of NATO, but it is still a necessity.

Catrina: How do you assess the role and utility of the NACC?

Agayev: Russia would like to join NATO too, as ultimate goal. We understand that this is not possible today. We do no longer perceive NATO as a hostile organisation. Its geographic expansion could be a positive thing for European stability. I do, however, not expect that NATO will expand quickly. It is reluctant to do so. To isolate Russia would not be helpful.

Grossen: What do you expect of the Helsinki summit, particularly in the context of arms control?

Agayev: First of all I expect the confirmation of the will to build a new Europe and of the new role of Russia, the continuation of the reconstruction of military forces in Europe (more confidence-building and transparency), and perhaps steps toward real military cooperation.

Grossen: Cooperation in the framework of the 52?

Agayev: This is difficult to say. It is only possible in the framework of the CSCE.

Div Geiger: The Baltic states have approached a number of Western states, and Switzerland, and asked for advice and/or assistance in building up their armed forces. How would you view such an engagement?

Agayev: It depends on the direction in which they develop their security policy. If they follow the Swiss model, we would only welcome that. If they, however, continue to raise the tension; then we cannot look at this as a friendly act toward Russia. We have no wish to pressure them, but we cannot withdraw the

troops overnight. It can be done over five years. But one can, of course, negotiate on that. If we tried to leave as quickly as possible we would destabilize the situation in Russia. We try to avoid putting pressure on the Baltics. This is a highly emotional issue in the country (like Algeria was in France). We try to avoid fuelling tension in any way. If the Baltic states continue to violate human rights, then it will be difficult for us to stop or prevent the rise of nationalistic feelings in Russia. Growing nationalism in a big nation like Russia would be very destabilizing.

Winkler: What retaliatory measures would Russia has at its disposal?

Agaev: There are also non-Russians living in Russia. We cannot exclude that some politicians, and parts of the population will ask that we treat them in the same way as the Baltics treat the Russians. This would be extremely dangerous, and the Balts must understand that. We gave them the independence. The Russian political leadership was, not long time ago, fighting totalitarianism. I do not think it would be wise for them nevertheless to continue with anti-Russian politics.

Winkler: What are your views on the economic measures recommended by the IMF?

Agaev: There is no slow-down. The process just enters a new phase. We have to go from the macro- to the micro-economic level. It is not possible to change a country only through monetary policy. We have to look at each enterprise. We are in a deep crisis that requires a partial switch. This does not mean that we give up monetary policy, but more interaction is needed. We have not yet changed the system of social security, we still have the old one, i.e. we are not capable to face new challenges of the market economy. Here you have the real threat to reforms. The population is tolerant toward reforms, but you should stress that too much.

Catrina: What are your current views on Western assistance?

Agaev: Instead of waiting for credits we have to listen to advice. We should change the legal system in order to attract investments and push privatisation. We are, though, not Ethiopia, depending only on Western assistance. I hope that after the Washington summit the government will act more decisively.

Grossen: What are the perspectives of the relationships with Japan and China?

Agaev: With Japan the situation is clear. Our relationships are approaching each other. I had talks with the Japanese ambassador two days ago. We did not even talk about the islands. This is under control. We hope to find quickly a solution to this issue. This is no longer a source of real tension. The Japanese are trusting us, they believe us to be sincere. As for China, the difference in ideology should be no reason not to improve relations. We would like to have good relations with the Chinese.

Catrina: We have had an informal talk. Would you like to take advantage of this meeting to convey us a message you care particularly about?

Agaev: We are very interested in the Swiss view on the future of European security. We have no firm vision. We can accept NATO, or other solutions. Yugoslavia shows the nature of the problem. We have to prevent the resurgence of old contradictions. Currently the main danger is that after the end of the Cold War we may now enter a period of instability. The Balkans caused also World War I. We have a lot of respect for the Swiss position. I would like to encourage you to be even more active.

It would be useful for us to talk to your banks on what exactly they would like to see changed in our legal system. I would also like to know more on the Swiss attitude, and Swiss ideas on the construction of the European security system.

Prof. Dr. Daniil M. Proektor, Institute for World Economy and International Relations (IMEMO)

Proektor: Dieses Haus hat 22 Stockwerke voller Ideen. Das IMEMO hat mehr als 500 Mitarbeiter, darunter über 300 Wissenschaftler. Wir haben nun auch Computer. Als die KPdSU noch bestand, hatte das IMEMO engen Kontakt mit dem Zentralkomitee und dem Politbüro, weiter auch mit dem Aussen- und Verteidigungsministerium. Es ist schwer zu sagen, wieviel Einfluss auf die Aussenpolitik das IMEMO gehabt hat oder hat. Man hört manchmal auf uns, manchmal auch nicht. Ich bin ein Oberst a.D., seit 20 Jahren aus der Armee, und beschäftige mich mit Sicherheitspolitik, globalen Problemen der Aussenpolitik, Deutschland-Politik und Militärgeschichte.

Winkler: [stellt die schweizerische Delegation vor] Wie sehen Sie die Reaktion auf den Gipfel in Washington? Wie wird das Land reagieren?

Proektor: Es ist zu früh zu urteilen. Wahrscheinlich wird die Reaktion widerspruchsvoll sein. Die politische Palette ist breit geworden, sie reicht von Faschisten und Nationalisten bis zu den Altkommunisten, die vor dem Fernsehgebäude in Ostankino standen und demonstrierten. Am 21. Juni soll eine noch grössere Demonstration der gleichen Kreise am gleichen Ort stattfinden. Jeltsin wird Unterstützung durch Liberale und Kritik von rechter Seite erfahren, die behaupten werde, Jeltsin habe die Interessen Russlands ausverkauft. Die Rechte wird gegen die Ratifizierung der Abkommen demonstrieren. Es wird ein bitterer Machtkampf sein. Der Ratifizierungsprozess muss gut vorbereitet werden. Besonders die Nationalpatrioten werden die Regierung nicht zu 100% unterstützen. Dies gilt auch für die Militärs. Das Militär ist gespalten. [Verteidigungsminister Pavel] Grachev wird dafür sein, Makashov und Rodionov dagegen. Es gibt unter den Nationalpatrioten auch intelligente Leute, z.B. [Vizepräsident] Alexander Rutskoi, auch [Parlamentspräsident] Ruslan Khasbulatov.

Winkler: Wie ist die Stimmungslage in den Streitkräften?

Proektor: Es besteht eine ungeheuer schwierige Lage. Man kann nicht sagen, wir hätten kampffähige Streitkräfte. Die Reformen wurden noch nicht eingeleitet. Der militärisch-industrielle Komplex möchte weiterhin seine Position sichern und Geld erhalten. Die Offiziere möchten ihre Stellen auf sicher haben. Die Regierung hat in bezug auf die Lösung sozialer Probleme viel versprochen und kann nicht alles halten. Im Winter versprach Jeltsin 2000 \$ für jeden Offizier. Dies wurde nicht gehalten. Die Hilfe seitens von Deutschland läuft langsam; in verschiedenen Bezirken bauen Türken Häuser. Die Lage ist besonders kritisch in der WGT und in der Nordwest-Gruppe (Baltikum), die nach Russland zurückmüssen. Sie ist auch kritisch in Moldawien, wo (unechte) Kosaken aufgetaucht sind. Einige Kommandeure und Verbände verkaufen ihre Waffen, von Gewehren bis zu Panzern. Es ist wie die amerikanische Armee 1945 in Berlin. Die Lage ist also ungeheuer schwierig. Reformen sind notwendig. Pläne für eine Reform in drei Etappen über etwa acht Jahre sind fertig ausgearbeitet:

1. Etappe: Übergang zu einer Armee, die teilweise aus Profis besteht.
2. Etappe: Übergang zu einer kleineren, kompakten Armee von 1.5 Mio. oder weniger.
3. Etappe: Reduktion und Konversion des militärisch-industriellen Komplexes. Dies läuft sehr langsam. Wir haben keine Erfahrungen. Die Ökonomen wussten vorher nicht, was das kosten wird.

Ich weiss nicht, wie das ausgehen wird. Es gibt verschiedene Varianten.

Winkler: Wie beurteilen sie das Gewicht und die Zielsetzung der Gruppe "Erneuerung" (Renewal)?

Proektor: Dies ist ein Ergebnis der 6. Tagung des Obersten Sowjets. Die Opposition im Parlament will mehr Praktiker in der Regierung haben, verstanden als Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Es ist eine weitverbreitete Idee, dass in diesem Komplex die beste Technologie und die besten Leute sind. Dies müsse beibehalten werden, sonst sei alles verloren. Vertreter dieser Richtung sind [Vizepremier] Khizha, [Vizepremier] Shumeiko und Arkady Volsky, die alle aus dem militärisch-industriellen Komplex kommen. Jeltsin musste ausbalancieren. Darum wurde auch Yegor Geidar vor Jeltsins USA-Reise zum Premierminister ernannt [um die Kreise um Khizha, Shumeiko und Volsky auszubalancieren]. Insgesamt sehen wir aber eine Verstärkung des Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes. Es gibt eine Koalition zwischen diesem Komplex, Militärs, und Rechten. Ich erwarte, dass die Regierung eher nach rechts tendieren wird.

Winkler: Welche Rolle hat heute das KGB?

Proektor: Das KGB hat sicher nicht mehr die gleiche Rolle wie früher. Ich glaube allerdings nicht, dass tiefgreifende Reformen durchgeführt worden sind, obwohl teilweise neue Leute hineingingen. Die alten verbrecherischen Methoden gegen Dissidenten werden nicht mehr angewandt, sonst aber sind die Methoden gleich geblieben.

Winkler: Ich habe vom Präsidenten des Institute for East-West Studies, John Mroz, kürzlich gehört, die Meinung gewinne in Russland an Zulauf, dass der Westen versuche, die Probleme für Russland zu vergrössern, dass er Russland nach dem Sieg im Kalten Krieg nun noch zerstören wolle. Gewinnt diese Auffassung hier tatsächlich an Gewicht?

Proektor: Selbstverständlich. Wir haben diese Patrioten, die sagen, vom Westen komme nur Schlimmes. Dies steckt tief in der russischen Mentalität und kommt von der Zeit Peters des Grossen. Es gibt aber auch andere, vor allem unter jungen Leuten, und auch ältere, wie ich: govarizh zapadni. Wir sehen die Zukunft in der Integration mit dem Westen. Es gibt auch Nationalisten, die einen Bürgerkrieg zwischen beiden Lagern voraussagen. Ich muss sagen, dass eine starke Auseinandersetzung nicht ausgeschlossen ist.

Grossen: Wenn eine Verschlechterung kommen sollte, betrachten Sie in einem solchen Fall grosse Migrationsströme als möglich oder wahrscheinlich?

Proektor: Das läuft schon, in Richtung Türkei, Israel, Südafrika, Polen und CSFR. Wenn die Ernährungslage schlimmer wird, wird diese eine grosse Bedrohung für den Westen sein. Es gibt einen Drang nach Westen wie im Mittelalter. Sie müssen damit rechnen. Es gibt eine solche Tendenz in unserer Bevölkerung. Die westlichen Währungen werden mehr geschätzt. Die meisten Leute sind davon überzeugt, dass alles Westliche besser sei als was von hier kommt. Ich habe kürzlich von Brüssel Bonbons für meinen Enkel mitgenommen. Er hat gefragt, wieso es nur so wenige seien. Ich habe gesagt, es gebe ja auch hier gute Bonbons, worauf er antwortete, diese seien aber nicht so gut. Man sieht, diese Idee steckt bereits in den Köpfen junger Kinder.

Pitteloud: Ich möchte nochmals auf die Rolle des KGB zurückkommen. Is es so, dass sein politischer Einfluss seit dem August 1991 geschwunden ist?

Proektor: Sein Einfluss ist vielleicht nicht völlig geschwunden, hat sich aber vermindert. Vorher war die Kombination von KGB und Zentralkomitee ein Monster, der alle Lebensbereiche durchdrang. Nach demn Putsch wurde vieles verändert. Die Kontrolle ist schwächer geworden. Ich weiss nicht genau, womit sich der KGB jetzt beschäftigt. Wahrscheinlich führt er nicht mehr einen ideologischen Kampf, sondern konzentriert sich auf jenen gegen die Mafia. Es gibt keine Zensur mehr. Wir können schreiben, was wir wollen. Selbstverständlich ist der Auslands-KGB [Nachrichtendienst] weiter aktiv, aber im Rahmen des internationalen Rechts. Dort gibt es gute Ideen zur internationalen Kooperation [mit europäischen und amerikanischen Nachrichtendiensten]. Der Nachrichtendienst wird bleiben. Es gibt aber auch noch alte Profis, aber auch sie kommen nicht mehr in der Nacht, um Leute abzuholen.

Catrina: Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine und jenes mit den baltischen Staaten?

Proektor: Das ist eine schwierige Frage. Während Jahrhunderten hatten wir ein sehr enges Verhältnis. Ich wurde in der Ukraine geboren, und meine Frau ist Ukrainerin, wie auch ein Teil meiner Verwandtschaft. Die Russen haben ein ähnlich enges Verhältnis auch mit den Tataren und Bashkiren. Nach 1917 setzte die sogenannte sozialistische Nationalitätenpolitik ein (Lenin, Stalin). Es wurden dabei soviele Fehler gemacht, dass Völker, die so lange zusammengelebt hatten, sich in 50 Jahren auseinanderlebten. Über 40 Jahre lang kamen aus Moskau nur Befehle. Jetzt ist es zur Explosion gekommen. Es gibt über 70 Nationalitätenkonflikte, und es liegen über 23 Anträge zur Revision von Grenzen vor. Wir müssen zwei Etappen in Kauf nehmen:

1. Alle werden von Russland weggehen wie erwachsene Kinder. Dies ist eine Sturm-und-Drang-Periode.
2. Erkenntnis der engen Bande und Zusammenrücken. Dabei könnte sich eine Mischung von konföderativen und föderativen Elementen ergeben und ein Netz bilateraler Beziehungen bilden. Dies wird nicht so sein wie in Deutschland oder in den USA, sondern es wird Russland sein.

Grossen: Wie gross ist die Kriegsgefahr in diesem Prozess?

Proektor: Für mich ist ein Krieg nicht vorstellbar. Er ist psychologisch, politisch, mental und historisch unmöglich. Nehmen wir die Streitigkeiten um die Schwarzmeerflotte: Das ist eine politische Spielerei. Lesen Sie Gogol! Die Ukrainer wollen immer stolz sein. Sie wollen immer die Besten sein. Sie waren unterdrückt. Sie sehen die Russen derzeit alle als Verteter Moskaus. Ich glaube nicht, dass es zu einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine kommen kann. Kravchuk war ZK-Sekretär für Ideologie. Das sind flexible Leute. Er muss mit Rukh zusammenarbeiten, um zu überleben. Er wird drohen, aber nicht einen Krieg beginnen, nein!

Pitteloud: Die russischen Nationalisten üben ebenso Druck aus wie Rukh auf Kravchuk. Könnten diese Drücke nicht zu einem Krieg führen, auch wenn Yeltsin und Kravchuk dies nicht möchten?

Proektor: Nein. Yeltsin ist ein Demokrat, ein guter Mann. Yeltsin wird seine Linie beibehalten. Eher wird er zurücktreten, als Rechtsradikale zu akkomodieren. Aber Prognosen sind in Russland schwierig denn je seit dem 2. Weltkrieg, auch nur für 3-4 Monate.

Winkler: Wie sehen sie die europäische Sicherheitsarchitektur, das Gewicht der einzelnen Institutionen und die Rolle Russlands?

Proektor: Das ist eine schwierige Frage. Es wird entscheidend sein, was unsere Rolle sein wird. Die beste Variante ist die folgende:

1. Der-europäischer Rat, die europäische Union werden Kernelement eines europäischen Sicherheitssystems. Dieser könnte immer stärker werden und sich nach Osten auswirken. Länder wie die CSFR und Polen werden alles tun, um sich der europäischen Union anzunähern. Wenn wir vernünftig sind, wird auch Russland einiges tun.
2. Die NATO verfolgt eine sehr kluge Politik, insbesondere in bezug auf Osteuropa. Die Schaffung des NACC war eine kluge Sache. Der NACC ist ein Vorzimmer, dann besteht eine Chance, in die NATO aufgenommen zu werden.
3. Die Rolle der USA: Ich sehe, dass in Washington einige Leute nervös sind, ob die Stärkung der europäischen Union zulasten der USA gehen wird. Ich bin der Ansicht, dass die USA in Europa engagiert bleiben sollen.
4. Die KSZE muss mehr Rechte erhalten, nicht für Deklarationen, sondern für Taten. Sie muss eigene Streitkräfte analog zur UNO haben. Ein europäischer Sicherheitsrat im Rahmen der KSZE ist nötig.
5. Die UNO muss aktiver werden. Der Golf-Konflikt war ein gutes Beispiel, ein Schritt in die Zukunft. Ich bin stolz, dass Russland in der Koalition dabei war. Mit Sadam Hussein wurde eher zuwenig gemacht.
6. Für Russland gibt es verschiedene Szenarien:
 - Konföderation
 - Föderation
 - Diktatur
 - Mischung verschiedener Elemente (bilaterale Beziehungen, Föderation, Konföderation)
 - Integration in die westeuropäische Gesellschaft (Bestes Szenario; in diesem Fall wäre die Errichtung einer Sicherheitsstruktur von Kalifornien bis Japan möglich, für die nördliche Hemisphäre. Das Gipfeltreffen Jeltsin - Bush von gestern war ein Schritt in diese Richtung.)

Winkler: [stellt das Massnahmenpaket zur Förderung der sicherheitspolitischen Forschungsbasis der Schweiz vor] Wie beurteilen Sie dieses Paket aus Ihrer Sicht?

Proektor: Ich kann Ihnen nur unsere Erfahrungen mitteilen. Wir arbeiten mit verschiedenen Instituten zusammen. In Deutschland haben wir z.B. Kontakte mit der Stiftung Wissenschaft und Politik, wir haben bilaterale Projekte, auch mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien und mit der Universität Hamburg. Kontakte bestehen auch mit einzelnen Wissenschaftlern. Ich habe mit General Löser ein Buch geschrieben; finanzielle Unterstützung dafür kam von MBB. Vielleicht könnten wir auch ständige Gruppen von schweizerischen und russischen Wissenschaftlern bilden, z.B. zur Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren. Wir könnten drei Schweizer mit drei Leuten aus dem IMEMO zusammensetzen, am Schluss würde daraus ein Buch resultieren. Ein Austausch von Dokumentation ist schwieriger. Die Computerisierung ist hier weniger weit, und eine Vernetzung gibt es bisher gar nicht. Im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien konnte ich aus dem Computer eine vollständige Liste meiner Publikationen erhalten; in Moskau kann ich das nicht. Hier [im IMEMO] spielen sie mit den Computern. Sie können mir Ihre Vorschläge senden. Ich wäre besonders an der Entwicklung von Militärdoktrin und Militärpolitik in den neunziger Jahren in Europa interessiert, aus Sicht der Schweiz, des IMEMO und der USA.

Ich bin stolz darauf, dass Jeltsin gestern gesagt hat, dass das Kräfteverhältnis [balance of forces] unwichtig geworden sei. Das war ein Feiertag für mich.

Academician Prof. Dr. Nikita Andreyevich Chaldymov, President, Association "Armed Forces and Society" (Major-General, ret.)

Winkler: [stellt die schweizerische Delegation vor, beschreibt das SIPOLEX-Programm und den Zweck des Besuches]

Chaldymov: Vielen Dank. Dies ist nicht eine blosse Höflichkeit. Es wäre eine Ehre, künftig mit Ihnen zusammenarbeiten zu können.

Winkler: Würden Sie Ihre gegenwärtige Tätigkeit beschreiben?

Chaldymov: Ich bin Präsident der Assoziation für Armee und Gesellschaft. Wir sind regierungsunabhängig, auch bei unserer Forschungstätigkeit. Diese Assoziation existiert seit langem, zunächst als wissen-

schaftliche Abteilung bei der Philosophischen Fakultät der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Ich war Präsident der Philosophischen Gesellschaft der UdSSR. Seit kurzer Zeit bin ich Vorsitzender der Philosophischen Gesellschaft Russlands. In den letzten drei Jahren wurde die Philosophische Fakultät in eine Assoziation umgewandelt, in eine selbständige und unabhängige Organisation. Gründer waren die Philosophische Gesellschaft und der Fonds für den Frieden. Schwerpunkt der Assoziation ist die wissenschaftliche Arbeit. Zur Assoziation gehören Angehörige der Streitkräfte, von Universitäten und verschiedene andere zivile Kreise. Die Themen sind: Krieg, Frieden, Gesellschaft, die Beziehung Streitkräfte - Gesellschaft. Daraus resultieren Publikationen und Organisation von (bzw. Teilnahme an) verschiedenen Symposien. In den letzten drei Jahren fanden drei grosse Konferenzen statt:

- 1989 Konferenz "Das neue Denken und neue Politik"
- 1991 Konferenz "Streitkräfte in einem Rechtsstaat" [Teilnahme: Dr. Catrina]
- 1992 Konferenz "Demokratie der Gesellschaft und militärische Sicherheit" [Teilnahme: Div Rast]

Unter anderem arbeiten wir auch an einem Konzept der militärischen Reform und der Entwicklung der russischen Streitkräfte.

Das war die Tätigkeit der Assoziation in einer [relativ] stabilen Lage. Aber heutzutage haben wir in Russland eine instabile Lage. Im gleichen Ausmass wie die Gesellschaft befindet sich auch die Armee in einer Krise. Es gibt eine Anzahl dringender Hauptprobleme, ohne deren Lösung kein Ausgang aus der Krise möglich ist. Eines davon ist die soziale Sicherung der Angehörigen der Streitkräfte. Wir müssen die Streitkräfte rasch und massiv reduzieren. Aber wohin sollen die ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte gehen? Manche haben keine Wohnung. Deshalb machen wir auch praktische Taten. Ein Hauptziel unserer Lehrtätigkeit ist die Umschulung von Offizieren, die bald die Armee verlassen werden. In dieser geisteswissenschaftlichen Akademie haben wir 1991 etwa 100 Armeeingehörige in zivilen Berufen ausgebildet. In einer Woche wird ein neuer Abschluss in der Akademie stattfinden. In kurzer Zeit werden weitere etwa 300 Offiziere kommen, die umgeschult werden sollen. Das Geld für diese Umschulung kommt von der Assoziation.

Winkler: Welchen militärischen Rang haben die meisten Offiziere, die umgeschult werden?

Chaldymov: Major bis General. Ich will nicht sagen, dass die Offiziere, welche die Armee verlassen, keine Zukunft haben. Aber Sie können sich einen Absolventen [der Akademie zur Ausbildung der politischen Offiziere] vorstellen. Auf seinem Diplom steht, er kenne die Geschichte der KPdSU. Danach besteht keine Nachfrage in unserer Gesellschaft.

Meine Rolle ist die eines Trainers, der auch noch mitspielt. Ich bin Doktor, Professor, jetzt noch Akademiemitglied. Ich bin bei allen Konferenzen [unserer Assoziation] aufgetreten und habe bei verschiedenen Institutionen Vorlesungen gehalten. Vor kurzem war ich der erste russische General, der in München bei der Führungsakademie einen Vortrag hielt. Ich habe General Galvin getroffen. Ich nehme an der internationalen Forschung über Demokratie und Streitkräfte teil. Ich bemühe mich auch um die Ausarbeitung einer internationalen militärischen Doktrin.

Winkler: Welche Risiken bestehen, wenn die Umschulung [von Offizieren] nicht schnell genug erfolgt? Welche Konsequenzen könnte dies haben? Es ist eine gewaltig grosse Aufgabe.

Chaldymov: Ich sehe ein grosses Risiko im Kontext der sozialen Unsicherheit der ehemaligen Angehörigen der Armee. Im Offizierkorps besteht eine sehr schlechte physische und moralische Lage. Wenn in nächster Zeit keine Besserung der Lage eintritt, ist eine Explosion möglich. Die Voraussetzungen für eine solche Explosion bestehen bereits. An der Vollversammlung der Offiziere, die vor einiger Zeit durchgeführt wurde, trat das realistische Bedürfnis in Erscheinung, dass die Armee in eine selbständige politische Kraft verwandelt werden sollte. Die Offiziere versuchten, ihre Bedürfnisse direkt an die militärische und politische Führung zu richten. Wir sollten zu vermeiden versuchen, dass die Armee zu einer selbständigen politischen Kraft wird. Sie soll der Regierung und dem Parlament unterstehen.

Winkler: Besteht die Befürchtung, dass sich Teile der Streitkräfte verselbständigen, z.B. die Truppen in den baltischen Staaten, oder ist die Hauptgefahr eher ein erneuter Putschversuch, oder eine Verbindung zwischen Offizieren und extrem nationalistischen Kräften?

Chaldymov: Ich glaube gar nicht, dass die Armee versuchen wird, selbständig eine Regierung zu bilden, um ihre Probleme zu lösen. Als realistischer sehe ich eine Verbindung zwischen dem Militär und politischen Kräften, d.h. die Streitkräfte könnten zur Durchsetzung einer neuen politischen Linie eingesetzt werden. Vertreter der alten Ideologie leben weiter und lassen von sich hören. Ein Teil der Parlamentsangehörigen wurde vom Komsomol und anderen solchen Institutionen bestimmt. Nicht alle haben ihre

Auffassungen umorientiert. In dieser Tatsache liegt eine grosse Gefahr. Dies Unzufriedenheit in der Armee könnte zur politischen Umgestaltung ausgenützt werden.

Pitteloud: Was könnte eine solche Koalition bei einer Machtübernahme erzwingen? Müsste sie nicht ein politisches Programm haben? Für einen Putsch braucht die Armee auch Soldaten. Würden diese mitmachen?

Chaldymov: Ein besonders interessanter Teil meiner Antwort liegt im ersten Teil ihrer Frage. Ich bin fest überzeugt, dass zurzeit kein Putschversuch stattfinden wird. Die Versammlung der Kommunisten in Moskau vor einiger Zeit hat gezeigt, dass dies Lumpen sind. Sie können nur mit ihresgleichen rechnen und nur ganz Unterdrückte und Apolitische mobilisieren. Leider bekleiden diese Lumpen verschiedene Stellungen in der Hierarchie, auch im Militär. Deshalb haben sie auch eine gewisse soziale Basis, aber heute haben sie kein politisches Programm. Die gesunden Kräfte sind in der Mehrheit. Dies erlaubt, die Situation unter Kontrolle zu halten.

Catrina: Wieso sind Leute wie Igor Rodionov [Kommandant der Generalstabsakademie, Leiter des blutigen Einsatzes in Tbilissi] und Makashov [ehemaliger Kommandant des MB Volga-Ural] weiter hier?

Chaldymov: Man sollte diese beiden getrennt betrachten. Makashov ist ein politisch-moralischer Lump, ein Vertreter der kommunistisch-stalinischen Denkweise. Er hat keine Ausbildung und hat kein intellektuelles Niveau. Er kann heute kein Führer sein. Rodionov ist wohl eine andere Variante. Er ist gut ausgebildet. Keine weisse Krähe des Typs Makashov. Für diesen Typ [Rodionov] gibt es mehr Möglichkeiten, auf der Oberfläche des Wassers zu sein. Er kann aber wegen seiner Vergangenheit kein politischer Führer werden. Am politischen Horizont sind auch Führer aufgetaucht, die von der Vergangenheit und Gegenwart unbefleckt sind, welche die Unterstützung eines Teils der Streitkräfte haben. Diese haben eine starke Faust. Leider hat unsere hohe militärische Führung wenig praktische Kenntnisse. Grachev ist ein guter Oberkommandierender. Er muss aber viel lernen, damit er eine politisch fähige Figur wird. Ich wünsche ihm dabei alles Gute.

Winkler: Wie dürfte das Rahmenabkommen von Washington über den Abbau der strategischen Nuklearwaffen in Russland aufgenommen werden?

Chaldymov: Ich kann nur wenig sagen. Ich kam erst gestern aus der Türkei zurück. Aber was in Washington geschah, stimmt mit meiner Perspektive über die Zukunft des russischen Militärs überein. Parität spielt nicht eine grosse Rolle. Parität ist mittlerweile in unserer Lage zu einer hoffnungslosen Idee geworden. Wir haben die Mittel zur Verteidigung, wissen aber nicht, was wir verteidigen sollten. Deshalb bringen uns die Abkommen von Washington keinen Schaden. Ich bin voll dafür.

Winkler: Teilen die Streitkräfte diese Haltung?

Chaldymov: Die Streitkräfte sind nicht monolithisch. In der höheren Leitung der Streitkräfte werden verschiedene Leute dagegen sein. Aber Grachev und die politische Führung werden sich bemühen, dass die Übereinkünfte verwirklicht werden.

Grossen: Wie sehen Sie den künftigen Auftrag, die Grösse und Rolle der Streitkräfte, auch angesichts der wirtschaftlichen Situation?

Chaldymov: Die allgemeine Tendenz ist, dass man die Probleme nicht mit einer Kavallerieattacke lösen kann. Russland ist in einer Übergangsphase. Die Armee ist in einer ähnlichen Phase. Wir müssen deshalb die Streitkräfte stark verringern, aber den Zeitrahmen in Rechnung stellen. Letztlich werden wir nicht mehr als 1.5 Mio. Mann brauchen. Der Kern soll aus einer Berufsarmee bestehen, ein anderer Teil aus Wehrpflichtigen. Ein Alternativdienst sollte unbedingt eingeführt werden. Die Streitkräfte sollen der parlamentarischen Kontrolle unterstehen. Die Aufgaben der Streitkräfte sollen sich von den früheren prinzipiell unterscheiden. Deshalb ist eine neue militärische Doktrin notwendig, nicht nur eine modifizierte Version der alten Doktrin. Die Streitkräfte sollen vor allem der Kriegsverhinderung dienen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Streitkräfte schwächer und weniger gut ausgebildet sein sollen. Die Streitkräfte sollen einsatzbereit und modern ausgerüstet sein. Sie sollen aber nur gegen eine Aggression eingesetzt werden. Ihre Funktionen sollen also gleich sein wie in anderen zivilisierten Staaten. Die russischen Streitkräfte sollen in einem internationalen Sicherheitssystem integriert werden. Wir müssen nicht unbedingt in die NATO - dies ist aus verschiedenen Gründen unrealistisch -, aber es sollte verschiedene Pflichten in einem internationalen Sicherheitssystem geben, bei denen Russland eine Aufgabe und Rolle übernehmen kann.

Gespräch von Dr. Philippe Grossen mit Ednan T. Agaev, Berater des russischen Aussenministers

Am 17. Juni, anlässlich einer Einladung zum Mittagessen bei Minister Stefan Speck in Moskau, hatte Dr. Grossen Gelegenheit, mit Ednan T. Agaev ein längeres privates Gespräch zu führen. Zusammenfassend sind folgende Punkte festzuhalten:

1. Agaev, der bereits unter Shevardnadze gearbeitet hat, vertrat die Ansicht, dass Aussenminister Kozyrev mehr oder weniger "ohne Aussenministerium" auskommt, d.h. sehr wenig mit seinem Beraterstab zusammenarbeite. Die Entscheide treffe er in der Regel selber, ohne seine Berater zu konsultieren (dies ganz im Gegensatz zu Shevardnadze). Seine Mitarbeiter würden vor vollendete Tatsache gestellt. Agaevs Mitarbeiterstab wird oft eingesetzt, um Reden (gemäss Anweisungen) für Kozyrev zu schreiben.
2. Agaev, der regelmässig mit seinen Mitarbeitern Berichte über die aussenpolitische Lage Russlands verfassen muss, sagte, er könne in seinen Berichten keine Ansichten vertreten, die nicht im Sinne des Aussenministers sind. Abweichende Berichte seiner Mitarbeiter müsse er, Agaev, im Sinne Kozyrevs umschreiben. Ein "abweichender" Bericht würde ignoriert werden, der zweite würde eine Rüge eintragen, und beim dritten Bericht würde der Mitarbeiter seine Stelle verlieren.
3. Nach den von Yeltsin und Kozyrev festgelegten aussenpolitischen Prioritäten befragt, antwortete Agaev, es gebe darauf nur eine Antwort: Yeltsin habe etwa fünf Wochen vor seiner USA-Reise festgelegt, dass alles unternommen werden müsse, um die Beziehungen zu den USA zu optimieren. Alle Hindernisse seien aus dem Weg zu räumen. Weitere Prioritäten, z.B. gegenüber Westeuropa (inkl. NATO) seien keine genannt worden. In diesen Fragen werde pragmatisch, von Tag zu Tag, entschieden. (Konkretes Beispiel: Agaev muss die Vorgespräche für die Japan-Reise Yeltsins führen, hat aber bezüglich der entschiedenen Kurilen-Frage keine Instruktionen erhalten.)

Programm

Sonntag, 14. Juni

Bern - Zürich Flughafen: 0945-1116

Zürich - Moskau Sheremetyevo II: SR 494 1240-1810 (VA holt Delegation ab)

Transfer zum Hotel Mezhdunarodnaya, Besprechung des Programms

Montag, 15. Juni

- 1000 Div Paul Rast, VA Moskau, Schweizerische Botschaft
- 1030 Treffen mit Botschafter Dr. Jean-Pierre Ritter, Schweizerische Botschaft
- 1530 Institute for Economic and Political Studies: Academician Prof. Dr. Oleg T. Bogomolov (Director); Dr. Alexander D. Nekipelov (Deputy Director)
- 1720 Institute for the United States of America and Canada: Dr. Sergei Rogov (Vizedirektor); Dr. Alexander A. Konovalov (Sektionschef)
-

Dienstag, 16. Juni

- 1000 International Center for Human Values: Dr. M. Matskovsky (Generaldirektor); Academician Nikita Moiseyev; Vladimir Solotukhin
- 1500 Abteilung für Rüstungskontrolle im russischen Aussenministerium: Botschafter Yuri K. Nazarkin (Chef); Botschafter Lem Masterkov (Vizechef); Yury P. Kliukin (Head, Nuclear and Space Arms Control Division); Ivanov (START); Bashkirov (CFE)
- 1700 Institute for Europe: Dr. Sergei A. Karaganov (Vizedirektor)
-

Mittwoch, 17. Juni

- 1000 Rear-Admiral (ret.) Vladimir S. Pirumov
Captain Victor A. Galkovsky, Redaktor, Voyenna Mysl
- 1230 Mittagessen bei Minister Speck
- 1630 Center of International Studies, MGIMO: Dr. Mark A. Khroustalev (Director); Dr. Andrei V. Zagorski (Deputy Director)
Dr. Ivan G. Tyulin, Deputy Rector, MGIMO
- 2000 Essen bei Div Paul Rast
-

Donnerstag, 18. Juni

- 1000 Fyodor Ladygin, Generalstab
- 1430 Institut für nationale Sicherheit und strategische Forschung: Prof. Dr. Sergei Blagovolin (Direktor)
- 1630 Ednan T. Agaev, Berater des russischen Aussenministers
-

Freitag, 19. Juni

- 1000 Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO): Prof. Dr. Daniil Proektor
-

Samstag, 20. Juni:

- 1030 Prof. Dr. Nikita Chaldymov, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Humanitäre Akademie, ehemals Lenin-Akademie für Politoffiziere
- Abends Dr. Sergei Zamascikov, Rand Corp.; Alexei Alexeyev, Berater des bulgarischen Premierministers (vormals Rand Corp.); Dr. M. Matskovsky; Vladimir Solotukhin
-

Sonntag, 21. Juni:

Ismailovsky Park, Sergejev Posad (Zagorsk)
 Rückflug Moskau Sheremetyevo II - Zürich: SR 495 1910-2055
 Zürich - Bern: 2142-2315

Teilnehmer

- Delegationsleiter:* Div Louis Geiger, Stabschef für Operative und Strategische Schulung
- Stv. Delegationsleiter:* Dr. Theodor H. Winkler, Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen
- Delegation:* Dr. Christian Catrina, Stellvertreter des Beauftragten des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen
 Dr. Philippe Grossen, Stab GGST
 Dr. Jacques Pitteloud, Stab GGST

Adressen, Telefon- und Telefaxnummern

<i>Schweizerische Botschaft, Pereulok Stopani 2/5,</i>	Tel.	(++7) 095 925 53 22
107140 Moskau	Fax	(++7) 095 200 17 28
<i>Div Paul Rast, Verteidigungsattaché, Bolshaya Spasskaya</i>	Tel.	(++7) 095 280 62 25
12, 13. Etage, Nr. 164		
<i>Hotel Mezhdunarodnaya, Krasnopresnenskaya</i>	Tel.	(++7) 095 253 23 82
naberezhnaya 12, Moscow 123610	Tx	41 13 39
<i>Swissair: Sovincenter, Krasnopresnenskaya</i>	Tel.	(++7) 095 253 89 88
naberezhnaya 12, Room 2005, Moscow 123100	Fax	(++7) 095 253 18 52
Sheremetyevo 2	Tel.	(++7) 095 578 27 40
<i>Dr. Ulrich Schmid, Korrespondent NZZ, Kutusovsky</i>	Tel.	(++7) 095 230 22 73
Prospekt 7/4, Apr. 221/222, Moscow 121248		

<i>Ednan Agaev, Adviser to the Foreign Minister of the</i>	Tel.	(++7) 095 241 23 36
<i>Russian Federation, Smolenskaya-Sennaya 32-34, Moscow</i>		
<i>Prof. Oleg T. Bogomolov, Director, Institute for</i>	Tel.	(++7) 095 120 82 00
<i>Economic and Political Studies, Academy of Sciences,</i>	Fax	(++7) 095 310 70 61
<i>46, Novocheryomushkinskaya ulica, 117418 Moscow</i>		
<i>Institute of the United States of America and Canada</i>	Tel.	(++7) 095 202 90 00
<i>Khlebny per. 2/3, 121814 Moscow</i>	Fax	(++7) 095 200 12 07
<i>Institute of World Economy and International Relations</i>	Tel.	(++7) 095 120 74 92
<i>(IMEMO), Ulica Profsoyuznaya 23, 117418 Moscow</i>	Fax	(++7) 095 310 70 27
<i>Dr. Sergei Karaganov, Deputy Director, Institute of</i>	Tel.	(++7) 095 203 68 34
<i>Europe, Prospekt Marksa 18, #3-B, Moscow</i>	Fax	(++7) 095 200 42 98
<i>Nikolai Obrastsov, Samarkandsky Boulevard</i>		
<i>H.15, K.4, W.77, Moskau 109508 (Übersetzer)</i>		

Nahrungsmittelpreise in Moskau

Ware	Menge	Nov 1991	Feb 1992	Juni 1992
Nahrungsmittelläden im Stadtzentrum (Tverskaya Ulica):				
Rindfleisch	Rubel pro kg	-	-	70
Schafffleisch	Rubel pro kg	-	-	81
Schweinefleisch	Rubel pro kg	47	-	232
Hackfleisch	Rubel pro 250 g	1.90	-	-
Beefsteak	Rubel pro kg	-	201	-
Gulaschfleisch	Rubel pro kg	-	100	-
Huhn	Rubel pro kg	-	39-55	74
Ente	Rubel pro kg	-	-	48
Fisch, trocken	Rubel pro kg	-	-	62
Fisch, geräuchert	Rubel pro kg	-	180	74
Lachs	Rubel pro 250 g	12	-	-
Salami	Rubel pro kg	84	290-350	690
Salami, 2. Qualität	Rubel pro kg	-	207	414
Salami, 3. Qualität	Rubel pro kg	-	83	288
Italienische Milch	Rubel pro l	-	-	29
Russische Milch	Rubel pro l	-	-	8-18
Butter	Rubel pro kg	-	180	172
Sauerrahm	Rubel pro l	-	-	74
Margarine	Rubel pro 250 g	-	-	16
Käse	Rubel pro kg	14	132	60-112
Quark	Rubel pro 500 g	-	-	21
Kefir	Rubel pro l	-	-	7.20
Eier	Rubel pro 10 Stück	-	17	21
Brot	Rubel pro Laib	-	1.40-5	3-13
Brötchen	Rubel pro 100 g	-	-	10
Gipfeli	Rubel pro Stück	-	-	2.50
Süssgebäck	Rubel pro Stück	-	-	6
Schokolade	Rubel pro 100 g	-	-	88
Honig	Rubel pro kg	-	200	200-350
Marmelade	Rubel pro 500 g	-	-	27
Kuchen / Torte	Rubel pro 500 g	-	17	50
Vodka	Rubel pro l	215	320	352
Mayonnaise	Rubel pro 250 g	-	-	20
Baby-Milchpulver	Rubel pro 500 g	-	7.35	246
Mehl	Rubel pro kg	-	16	-
Stände an der Tverskaya ulica:				
Bananen	Rubel pro kg	70	-	200
Äpfel, schlechte Qualität	Rubel pro kg	-	20	-
Erdbeeren	Rubel pro kg	-	-	91
Zwiebeln	Rubel pro kg	-	-	20
Gedörrte Aprikosen	Rubel pro kg	-	106	95
Gurken	Rubel pro kg	-	62	-
Baumnüsse	Rubel pro kg	-	65	-
Danilovsky-Markt:				
Erdbeeren	Rubel pro kg	-	-	120
Kirschen	Rubel pro kg	-	-	150
Aprikosen	Rubel pro kg	-	-	180
Äpfel	Rubel pro kg	20	60-80	-
Bimen	Rubel pro kg	-	100	-

Trauben	Rubel pro kg	40	-	-
Melonen	Rubel pro kg	15-20	-	-
Tomaten	Rubel pro kg	30	80	100
Gurken	Rubel pro kg	-	-	100
Grosse Radieschen	Rubel pro Bund	-	-	10
Kleine Radieschen	Rubel pro Bund	-	-	5
Kartoffeln	Rubel pro kg	-	5-10	100
Kohl	Rubel pro kg	-	15	-
Karotten	Rubel pro kg	-	20	-
Zitronen	Rubel pro Stück	20	15	80
Mandarinen	Rubel pro kg	30	-	-
Rindfleisch	Rubel pro kg	70	150-200	300
Rindfleisch, 2. Qualität	Rubel pro kg	60	-	180
Rindfleisch, 3. Qualität	Rubel pro kg	40	-	-
Schweinefleisch	Rubel pro kg	40-80	-	-
Speck	Rubel pro kg	-	80	70
Huhn	Rubel pro kg	75	90-130	-
Kochschinken	Rubel pro kg	125	-	-
Eier	Rubel pro 10 Stück	5	30	50
Honig	Rubel pro 200 g	-	250-300	-
Käse	Rubel pro kg	-	150	-
Pilze	Rubel pro kg	-	8	-
Rosen	Rubel pro Stück	25	-	-

Adressen der Gesprächspartner in Moskau

Ednan Tofikovich Agaev, Advisor to the Minister of Foreign Affairs of Russia; Director, Directorate of Analysis and Forecasting, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Smolenskaya-Sennaya 32/34, Moscow, Tel. (+7) 095 241 23 36, Fax (+7) 095 244 27 97.

Dr. Sergei Blagovolin, Director, Center for National Security Studies, Institute for World Economy and International Relations (IMEMO), Profsoyuznaya ulica 23, 117859 Moscow, Tel. (+7) 095 120 35 68.

Academician Prof. **Dr. Oleg T. Bogomolov**, Director, Institute of International Economic and Political Studies, Russian Academy of Sciences, Novocheremushkinskaya ulica 46, 117418 Moscow, Tel. (+7) 095 120 82 00, Fax (+7) 095 310 70 61.

Academician Prof. **Dr. Nikita Andreyevich Chaldimov**, President, Association "Army and Society", Maly Lyovshinsky Lane 14/9-106, 119034 Moscow, Tel. Office (+7) 095 299 69 21, Tel. Home (+7) 095 418 52 94, Fax (+7) 095 299 69 21.

Captain First Rank **Victor Alexandrovich Galkovski**, Editor, Voyennaya Mysl, Prechistenka Street 19, K-160, 103160 Moscow, Tel. Office (+7) 095 296 01 44, Tel. Home (+7) 095 400 79 20.

Dr. Sergei Karaganov, Deputy Director, Institute of Europe, Okhotny Ryad 18-3, 103873 Moscow, Tel. (+7) 095 203 68 34, Fax (+7) 095 200 42 98.

Dr. Mark Arsenevich Khroustalev, Director, Center of International Studies, Moscow State Institute for International Relations (MGIMO), Prospekt Vernadskogo 76, 117454 Moscow, Tel. (+7) 095 434 20 44.

Yuri P. Kliukin, Head, Nuclear and Space Arms Control Division, Department of Disarmament and Military Technologies Control, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Smolenskaya-Sennaya 32/34, Moscow, Tel. (+7) 095 244 22 30, Fax (+7) 095 253 90 82.

Dr. Alexander Alexandrovich Konovalov, Head of Section, Institute of the USA and Canada, Russian Academy of Sciences (Vice-President, Center for Arms Control and Strategic Stability, Foreign Policy Association), Khlebny Pereulok 2/3, 121814 Moscow, Tel. (+7) 095 291 04 69, (+7) 095 291 11 66, Fax (+7) 095 200 12 07.

Ambassador **Lem Masterkov**, Deputy Head of the Department for Arms Limitation and Disarmament, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Smolenskaya-Sennaya 32/34, Moscow, Tel. (+7) 095 244 22 30.

Dr. M. Matskovsky, Director-General, International Center for Human Values, Novo-cheryomushkinskaya ulica 54-4, 117418 Moscow, Tel. (+7) 095 120 13 47, Fax (+7) 095 120 13 97.

Ambassador **Yuri K. Nazarkin**, Head of the Department for Arms Limitation and Disarmament, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Smolenskaya-Sennaya 32/34, Moscow, Tel. (+7) 095 244 22 30.

Dr. Alexander Dimitriyevich Nekipelov, Deputy Director, Institute of International Economic and Political Studies, Russian Academy of Sciences, Novocheremushkinskaya ulica 46, 117418 Moscow, Tel. (+7) 095 128 91 28, Fax (+7) 095 310 70 61.

Nikolai Vasiliyevich Obrasov, Samarkandsky Boulevard H. 15, K.4, W.77, 109508 Moscow, Tel. (+7) 095 376 64 65.

Rear Admiral (ret.) **Vladimir Semenovitch Pirumov**, Full Member, Academy of Natural Sciences of Russia, Chairman of the Sector "Geopolitics and Security"; President, The AGIB Association, Vernadski Avenue 100, K.752, 117571 Moscow, Tel. Office (++7) 095 438 91 52, Tel. Home (++7) 095 283 83 79.

Prof. Dr. **Daniil M. Proektor**, Institute for World Economy and International Relations (IMEMO), Profsoyuznaya ulica 23, 117859 Moscow, Tel. (++7) 095 128 46 95.

Div **Paul Rast**, Verteidigungsattaché, Schweizerische Botschaft, Pereulok Stopani 2/5, 107140 Moscow, Tel. (++7) 095 925 53 22, Fax (++7) 095 200 17 28. Privat: Bolshaya Spasskaya 12, 13. Etage, Wohnung Nr. 164, Moscow, Tel. (++7) 095 280 62 25.

Botschafter Dr. **Jean-Pierre Ritter**, Schweizerische Botschaft, Pereulok Stopani 2/5, 107140 Moscow, Tel. (++7) 095 925 53 22, Fax (++7) 095 200 17 28.

Dr. **Sergei Rogov**, Deputy Director, Institute of the USA and Canada, Russian Academy of Sciences (Vice-President, Center for Arms Control and Strategic Stability, Foreign Policy Association), Khlebnny Pereulok 2/3, 121814 Moscow, Tel. (++7) 095 291 11 66, Fax (++7) 095 200 12 07.

Dr. **Ulrich Schmid**, Korrespondent NZZ, Kutusovsky Prospekt 7/4, Apr. 221/222, 121248 Moscow, Tel. (++7) 095 230 22 73.

Minister Dr. **Stefan Speck**, Schweizerische Botschaft, Pereulok Stopani 2/5, 107140 Moscow, Tel. (++7) 095 925 53 22, Fax (++7) 095 200 17 28.

Dr. **Ivan Georgiyevich Tyulin**, Deputy Rector, Moscow State Institute of International Relations (MGIMO), Prospekt Vernadskogo 76, 117454 Moscow, Tel. (++7) 095 434 91 58, Fax (++7) 095 434 90 66, (++7) 095 938 22 62.

Dr. **Andrei Vladimirovich Zagorski**, Deputy Director, Centre of International Studies, Moscow State Institute for International Relations (MGIMO), Prospekt Vernadskogo 76, 117454 Moscow, Tel. (++7) 095 433 86 22, Fax (++7) 095 434 90 66.

Dr. **Sergei Zamascikov**, Resident Consultant, International Policy Department, Rand Corporation, 1700 Main Street, P.O. Box 2138, Santa Monica, CA 90407-2138, Tel. (+1) 213 393 0411, ext. 7601, Fax (+1) 213 393 4818.